



### **13. Stadtratsprotokoll / 13<sup>e</sup> procès-verbal du Conseil de ville**

**Sitzung vom Donnerstag, 19. Oktober 2017, 18.00 Uhr**  
**Séance du jeudi 19 octobre 2017 à 18h00**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**  
**Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

---

**Anwesend / Présents:**

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Diop Mamadou, Francescutto Luca, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner Roland, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Jean-Quartier Caroline, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Kugathas Sakitha, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Meyer Miro, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zumstein Joël

**Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):**

Fischer Pascal, Loderer Benedikt, Scherrer Martin

**Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:**

Stadtpräsident Fehr Erich  
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

**Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:**

-

**Vorsitz / Présidence:**

Hugo Rindlisbacher

**Sekretariat / Secrétariat:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / Affaires traitées</b>	<b>Seite/Page</b>
164. Finanzplan 2019-2021 (Planjahre 2019-2021 und Investitionsplanung 2018-2027).....	528
163. 20170075 Budget 2018 - Botschaft (Fortsetzung) .....	533
165. 20170242 Alters- und Pflegeheim Redernweg / Teilsanierung und Erweiterung / Verpflichtungskredit / Botschaft.....	535
• Ordnungsantrag.....	549
166. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170316 Peter Bohnenblust, FDP, Sandra Schneider, SVP «Unverständliches an der Bermenstrasse» .....	550
167. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20170315 GPK «Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur» .....	550
165. 20170242 Alters- und Pflegeheim Redernweg / Teilsanierung und Erweiterung / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung) .....	551
168. Dringliches Postulat 20170127, Reto Gugger und Christian Löffel, Fraktion EVP/BDP, "Monatsmarkt zurück in die Nidaugasse" .....	551
169. Dringliches Postulat 20170200, Myriam Roth, Fraktion Grüne, "Die Märkte ins Zentrum zurückverlegen" .....	551
170. Dringliches überparteiliches Postulat 20170125, Daniel Suter, PRR, Christian Löffel, EVP, Cécile Wendling, FDP, "Garderoben für die Sportanlagen im Mettmoos" .....	554
171. Dringliches überparteiliches Postulat 20170126, Fritz Freuler. Fraktion Grüne, Miro Meyer, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Judith Schmid PdA, Ruth Tennenbaum, PAS, "Ein «Arthur-Villard-Platz» oder eine «Arthur-Villard-Strasse» für den Bieler Friedenskämpfer" .....	558
165. 20170242 Alters- und Pflegeheim Redernweg / Teilsanierung und Erweiterung / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung) .....	562
172. Verabschiedungen .....	566
173. Neueingänge.....	567

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich begrüße Sie zur heutigen Stadtratssitzung und gratuliere Luca Francescutto herzlich zu seinem Geburtstag (*Applaus*)

Auf den Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Aufgrund der gestrigen Diskussion überarbeiteter Entwurf der Botschaft zum Budget 2018 (Deutsch und Französisch)
- Einladung zum 14. Suppentag am Donnerstag, 23. November 2017

Ich schlage vor, dass der Stadtrat über den Entwurf der Botschaft zum Budget 2018 nach der Diskussion zum Finanzplan abstimmt, damit Ihnen noch Zeit bleibt, das Ihnen nun vorliegende Dokument zu studieren. Diesem Vorgehen wird nicht opponiert.

#### **164. Finanzplan 2019-2021 (Planjahre 2019-2021 und Investitionsplanung 2018-2027)**

**Strobel Salome, GPK:** Vor einem Jahr sagte ich an dieser Stelle, dass die Stadt Biel im Moment in schwierigem Wind segelt. Daran hat sich nichts geändert und ich könnte heute den Text vom letzten Jahr wiederholen. Die finanzielle Situation der Stadt ist wenig rosig, wie bereits gestern an der Budgetdebatte mehrmals festgestellt wurde. Daran wird sich auch in der nahen Zukunft wenig ändern. Im Gegenteil, aufgrund des Fremdkapitalbedarfs den die Stadt für dringende Investitionen benötigt, nimmt die Verschuldung zu. Gegen Ende 2021 soll der Fremdkapitalanteil bei CHF 960 Mio. liegen. Im Moment ist dies durch die günstigen Konditionen auf dem Kapitalmarkt kein Problem. Für die kommenden Generationen ist es aber eine gewaltige Hypothek. Aufgrund der nicht ausreichenden erwirtschafteten Mittel aus den Gemeindeaufgaben, wird sich daran in Zukunft kaum etwas ändern. Das Problem liegt nicht nur bei der Stadt und ihrer soziodemografischen Zusammensetzung. Ungemach droht in den nächsten Jahren auch vom Kanton. Mit dem Entlastungspaket 2018 versucht der Kanton Bern, seine eigenen Finanzen ins Lot zu bringen und greift zu einschneidenden Massnahmen zu Lasten der Städte. Hinzu kommt die Revision des kantonalen Steuergesetzes, welche zu Mindereinnahmen aus der Unternehmensbesteuerung führt. Aus Sicht der GPK muss sich der Gemeinderat auf kantonaler Ebene mit allen Mitteln einsetzen, damit sowohl das Entlastungspaket als auch die kantonale Steuergesetzrevision den Anliegen der Städte möglichst gerecht werden. Zu einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage trägt auch der Investitionsbedarf beim allgemeinen Haushalt bei (CHF 836 Mio.), inklusive Sonderrechnungen beträgt dieser sogar CHF 976,6 Mio.. Der Gemeinderat hat entschieden, im allgemeinen Haushalt jährlich Investitionen für rund CHF 40 Mio. zu tätigen. Sobald die Investitionen getätigt sind und die Objekte genutzt werden, müssen die Investitionen aber abgeschrieben werden. Der Gemeinderat rechnet jährlich mit neuen Abschreibungen von rund CHF 1,6 Mio. Aus diesem Grund auf Investitionen zu verzichten wäre aber definitiv falsch. Damit würden wir den kommenden Generationen nicht nur Geld schulden, sondern ein viel schwierigeres Erbe hinterlassen. Die Strategie des Gemeinderates sieht in erster Linie den Erhalt von Schulhäusern, Kindergärten, Turnhallen und Verkehrsinfrastruktur vor, was angesichts der Vorgaben vernünftig ist. Das erklärte Ziel des Gemeinderates, dem

Schuldenwachstum zu begegnen, ist richtig. Allerdings lässt sich den Zeilen des Gemeinderates ein Gefühl von Konsternation und Frustration entnehmen. Die Stadt versucht, sich mit Standortförderungsmaßnahmen, NHS-Paket und weiteren Massnahmen aus der Schuldenspirale herauszuwinden. Jedoch sind diese Massnahmen nutzlos, weil das erwähnte Entlastungspaket und die Steuerstrategie des Kantons die Anstrengungen wieder zunichte machen. Somit müssen in dieser schwierigen und undankbaren Situation immer wieder neue Entlastungsmassnahmen gefunden werden. Die GPK dankt Gemeinderat und Direktionen für den Bericht und die gut lesbare Darstellung.

**Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO:** Es stimmt, um die Finanzen der Stadt Biel steht es nicht zum Besten. Aber weshalb befinden wir uns eigentlich in dieser unangenehmen Lage? Ich möchte hier im Namen der Fraktion SP/JUSO deutlich sagen: Es ist das Resultat einer katastrophalen Politik der Bürgerlichen auf kantonaler, nationaler und globaler Ebene. Das Ziel der Bürgerlichen, den Staat zu demontieren ist bekannt. Ihre Strategie dazu ist einfach und kann am besten mit "Abbaukreislauf" beschrieben werden. Hat ein Kanton oder ein Land ein ausgeglichenes Budget heisst es, "Oh toll, senken wir die Steuern für Superreiche und Grosskonzerne." Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Gewinnsteuersatzsenkung im Kanton Bern. Haben die Abbaupolitikerinnen und vor allem die Abbaupolitiker ihr Ziel erreicht und die Einnahmen fehlen, heisst es dann, "Ah, jetzt sind halt Opfer nötig und die öffentlichen Institutionen müssen sparen." So wie es im Kanton Bern im Rahmen des Entlastungspaketes 2018 auf Kosten der Spitex, der Bildung und weiteren Dingen erfolgt. Wird dann, dank Leistungsabbau wieder ein ausgeglichenes Budget erreicht, kann der Abbaukreislauf von vorne beginnen. Besonders leidtragend an dieser Geschichte sind die Gemeinden. Durch die Gewinnsteuersatzsenkung des Kantons Bern ist in Biel bis 2020 mit CHF 6 Mio. Steuerausfällen zu rechnen. Das Entlastungspaket andererseits führt dazu, dass für Biel zusätzliche Kosten anfallen, um die schlimmsten Auswirkungen abzufedern. Die einzige valable Massnahme der Gemeinden, um auf solche Ausfälle zu reagieren, ist die Steueranlage zu erhöhen. Es ist jedoch skandalös, dass Steuergeschenke an einige Wenige am Ende die Allgemeinheit berappen muss. Deshalb setze ich meine persönliche Hoffnung in die Bieler Rechte, die auch Leidtragende der Politik ihrer Parteifreunde ist: Setzen Sie sich für eine Abkehr der Staatszerstörungspolitik ein! Die Folgen des Steuersenkungswettrennens beschränken sich nicht auf den Verlust von öffentlichen Institutionen. Sie sind ein wichtiger Grund, weshalb die Ungleichheit nicht nur in der Schweiz, sondern global, auf bestem Weg ist, auf das Niveau der Belle Epoque zurückzufallen. Extreme Machtkonzentration beim vermögendsten Prozent der Bevölkerung, Unzufriedenheit und Ohnmachtsgefühle bei den restlichen 99% sind die Folgen. Falls Sie aber dieser Entwicklung etwas entgegensetzen wollen, können Sie gerne nach der Sitzung bei der JUSO vorbeikommen und für die 99%-Initiative unterschreiben. Schade, ist Herr Fehr nicht da und konnte das nicht hören...

**Bohnenblust Peter, Fraktion FDP:** Kommen wir zurück zur Bieler Politik. Wenn die Äusserungen meines Vorredners stimmten, wäre der Mitgliederschwund bei der SP nicht so gross. Die Aussagen der GPK-Sprecherin ergänze ich wie folgt: Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen, was von vielen, auch von der Linken, immer wieder vergessen wird. Der Text der Planerfolgsrechnung sieht ab 2020 ein Defizit vor, in der Tabelle hingegen ist dieses schon 2019 absehbar. Das widerspricht sich, wenn auch ein Defizit bestehen bleibt. Die Zahlen für die folgenden Jahre auf

Seite 11 der Investitionsplanung machen Angst. Dieses Jahr wurden CHF 44 Mio. ausgegeben, in den folgenden Jahren sind weitere CHF 92 Mio., 100 Mio. und 102 Mio. (Prioritäten 1 bis 3) vorgesehen. Ich frage mich, wie die Prioritäten festgelegt werden, wo doch der Gemeinderat sich eine Limite von 40 Mio. jährlich gesetzt hat. Meine Damen und Herren, die Verzichtsplanung wird Probleme bereiten! Wer das nicht sieht, ist blauäugig. Insbesondere weil ersichtlich ist, dass sich das Fremdkapital dieses Jahr um CHF 40 Mio. erhöht und in den folgenden Jahren um weitere CHF 30 Mio., CHF 35 Mio. und CHF 40 Mio. Ich kann nur hoffen, dass nicht bald die Milliardengrenze "gefeiert" werden muss... Die Investitionen bereiten meiner Fraktion Sorgen, weil sie nicht finanzierbar sind. Ich habe noch zwei Bemerkungen. Gestern im Budget konnte man bezüglich Leistungsvereinbarung mit dem Energie Service Biel/Bienne (ESB) lesen, dass diese jeweils ein wesentlicher Bestandteil der städtischen Finanzplanung darstellt. Dem Budget liess sich entnehmen, dass die Vereinbarung immer noch nicht abgeschlossen ist. Dies obwohl bereits vor einem Jahr gesagt wurde, dass dies «demnächst» erfolge. Ist diese Leistungsvereinbarung nun in der Zwischenzeit abgeschlossen worden? Kann bereits heute etwas zur Entwicklung der Ablieferungen durch den ESB in den nächsten vier Jahren gesagt werden? Ist mit mehr oder weniger oder gleichbleibenden Ablieferungen des ESB an den allgemeinen städtischen Haushalt zu rechnen? Noch eine weitere Bemerkung: Ich gehe davon aus, dass alle die Anhänge des Finanzplans studiert haben. Ich empfehle deren Lektüre dringend, denn sie zeigen, was noch alles auf die Stadt zukommen wird. Neben sinnvollen Investitionen gibt es auch eher fragwürdige. Auf Seite 21 geht es um das Energiestadt Label. Sinn machen sicher die Sanierungen im Bereich Wärmezeugung. Bei anderen Projekten hingegen frage ich mich schon, ob unsere Stadt CHF 500'000 jährlich nur dafür ausgeben soll, um einem Label gerecht zu werden. Solches gilt es zu hinterfragen. Spätestens wenn die entsprechende Spezialfinanzierung (SGR 741.9) in etwa drei Jahren leer sein wird, gilt es sich dazu Rechenschaft abzulegen. Ich erinnere daran, dass Geld aus Spezialfinanzierungen ausgegeben wird, obwohl es gar nicht reell vorhanden ist. Ich rege daher an, die Spezialfinanzierung Energiestadtlabel nicht bereits jetzt zu plündern, sondern die Mittel nur für sinnvolle Massnahmen zu verwenden.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Ich beginne mit einem Zitat aus der ersten Seite der Finanzplanung: *"Allerdings ist es stossend, dass so die Steuergeschenke an die Unternehmen, wie sie die Steuergesetzrevision und auch die Steuervorlage 17 vorsehen, mittels der Gemeindesteuern auf die Bevölkerung überwältzt werden."* Dies trifft nach Meinung der Fraktion Grüne den Nagel auf den Kopf. Darin liegt eines der Hauptprobleme der Finanzplanung für die nächsten Jahre. Die Fraktion Grüne möchte dem Gemeinderat explizit für diese klare Aussage auf der ersten Seite unter "das Wichtigste in Kürze" danken. Es ist bemerkenswert, dass der Gemeinderat den Mut dazu aufbringt. Gleichzeitig sind wir alle dazu aufgerufen, wie bereits Herr Bord gestern Abend ausgeführt hat, bei den verantwortlichen Instanzen in Bern zu intervenieren. Ich für meinen Teil werde das jedenfalls gerne tun. Obwohl meine Vorredner bereits Vieles gesagt haben und ich diese Ansichten auch teile, möchte ich trotzdem noch einmal kurz auf die Investitionen 3. Priorität zu sprechen kommen. Bei diesen dürfte die Stadt noch über etwas mehr Spielraum verfügen. Gemeint sind Projekte, über welche bereits beschlossen wurde oder über welche demnächst entschieden werden soll. Währenddem Projekte 1. und 2. Priorität vom Stadtrat nur noch zur Kenntnis genommen werden können, hat der Stadtrat bei den Investitionen 3. Priorität noch Handlungsmöglichkeiten. Betrachtet man aber auf Seite 9 die

Projekte 3. Priorität, für welche zweistellige Millionenbeträge vorgesehen sind, handelt es sich um Umbauten und Sanierungen der Schulhäuser Platane (CHF 30 Mio.), Linde (CHF 25. Mio.), des Kontrollgebäudes (CHF 15 Mio.) und des Schulhauses Dufour (CHF 15 Mio.). Zusammen ergibt dies die Summe von CHF 85 Mio., die zu 95% in den Jahren 2018 bis 2022 ausgegeben werden soll. Diese damit ganz erheblichen Mittel betreffen nur fünf Zeilen aus der riesigen Zahlenaufstellung in der Investitionsplanung. Betrachtet man die weiteren vorgesehenen Investitionen wie die Begleitmassnahmen zum A5 Ostast, zum Ausbau des A5 Westasts und so weiter, wird einem Angst und Bang! Auch wenn zukünftig Steuererhöhungen in Betracht gezogen würden, ist mir rätselhaft, wie die Stadt Biel dies stemmen können soll, ohne leidige Fremdfinanzierungen. Diese gefallen auch uns nicht. Andererseits nimmt auch jedes normale Unternehmen Geld auf dem Eigenkapital auf. Immerhin scheint die Stadt offensichtlich noch kreditwürdig zu sein, weshalb dieser Weg auch beschritten werden kann, auch wenn dies für unsere Nachfahren eine Hypothek sein wird, dies also nicht nachhaltig ist. Dieses Dilemma kann heute Abend auch nicht gelöst werden. Es war auf «polit-philosophischer Ebene» zu lesen, dass selbst die Finanzdirektorin sich dahingehend geäussert habe, dass es sich nicht unbedingt lohne, sich über das Budget zu beugen und dieses zu zerzausen, weil die grossen Entscheidungen ohnehin über die Zeit hinweg anfielen und deshalb besser bei der Finanzplanung angesetzt werde. Hier ergibt sich aber ein Widerspruch, weil sich der Stadtrat erst dazu äussern kann, wenn über die einzelnen Kredite befunden werden muss. Das ist oftmals eine schon viel zu tiefe Flughöhe, um noch den Überblick über alle Investitionen zu haben. Wir alle sind also sehr gefordert oder gar überfordert. Ich bin gespannt wie es weiter geht und hege immer noch ein wenig Hoffnung, dass ein Ausweg aus diesem Dilemma gefunden werden kann. Es gilt also für alle auf allen Ebenen anzupacken.

**Bord Pascal, au nom du Groupe PRR:** Même si le Conseil de ville doit uniquement prendre connaissance du Plan financier, il est encore plus important que le budget. En effet, lorsque le budget est présenté, les jeux sont faits et la liberté de manoeuvre dans une politique raisonnable est limitée. La planification financière représente, par contre, notre avenir et la base sur laquelle nous devons travailler. Entre le besoin d'investissement et les moyens financiers de la Ville, le cap est énorme. La Ville doit bien évidemment faire son travail interne, se restructurer, optimiser ses processus car le contrôle des dépenses est central, comme l'a bien illustré Monsieur Bohnenblust tout à l'heure. Dans le Plan financier, l'analyse du programme d'allègement cantonal 2018 (PA 2018) est en cours et spécialement son impact sur d'autres villes. En tant que libéral, j'estime qu'il est nécessaire de donner des conditions-cadres favorables aux entreprises, comme certaines mesures d'allègements fiscaux, mais ce n'est pas seulement aux villes d'en payer le prix. L'impôt sur les entreprises permettrait aux villes de financer leurs coûts de centre mais des réductions des mesures de compensation doivent aussi être prévues, ceci sans prendre en compte les paquets fédéraux à venir. En effet, le volume des transferts de charges n'est pas encore entièrement connu mais, il pourrait péjorer les comptes de la Ville de plusieurs millions. Le sauvetage financier du canton est en train de se faire sur le dos des villes. Le Conseil municipal, par l'union des communes et des villes suisses ainsi que par la députation biennoise doivent défendre davantage les intérêts biennois, afin que Bienne ne devienne pas le dindon de la farce de ses mesures cantonales.

**Briechle Dennis, Fraktion GLP:** Einiges was für das Budget galt, gilt analog auch für die Finanzplanung. Verglichen mit früheren Planungen, steht die Stadt nun ein bisschen besser da – es hat ein bisschen weniger Wolken am Himmel. Es zeigt sich, dass das NHS-Paket eine gewisse Verbesserung der finanziellen Situation bewirkt hat. Das haben wir aus eigener Kraft geschafft. Der Gemeinderat führt aus, dass die Herausforderungen in den kommenden Jahren primär die externen Einflüsse der kantonalen Politik sind. Das hat durchaus seine Richtigkeit, allerdings macht es sich der Gemeinderat auch etwas leicht. Er blendet aus, dass der Aufwand im städtischen Haushalt, auch ohne Berücksichtigung der Transferzahlungen, stärker ansteigt als die Einnahmen. Dies vor allem deshalb, weil die Kosten für die Abschreibungen und das Fremdkapital für die Investitionen zunehmen. Andererseits macht es sich der Gemeinderat auch etwas leicht, weil er die Herausforderung wie er die kantonalen Reformen bewältigen will darin sieht, diese zu bekämpfen. Es ist sein Recht, diese Reformen abzulehnen. Als vorausschauendes Gremium sollte der Gemeinderat aber alle Optionen in Erwägung ziehen. Also auch die Möglichkeit, dass diese kantonalen Massnahmen, zumindest teilweise, eine politische Mehrheit finden. Das ist in diesem Kanton kein unwahrscheinliches Szenario. Auch für diesen Fall sollte der Gemeinderat gerüstet sein. Aus Sicht der Fraktion GLP ist der Gemeinderat deshalb gefordert, sich in der Finanzplanung des nächsten Jahres nicht nur Gedanken zur Ablehnung der kantonalen Steuerreform zu machen, sondern auch darüber, wie er sich verhält, wenn die Dinge anders laufen als er es sich wünscht.

**Brunner Thomas, EVP:** Besten Dank für den interessanten Finanzplan 2019-2021. Einige aktuelle Probleme werden darin aufgezeigt, wie meine Vorredner schon treffend bemerkt haben. Stadt- und Gemeinderat sind gefordert und zum Teil auch überfordert mit dieser Situation. Ich weise darauf hin, dass in Bezug auf die Kreditwürdigkeit nicht nur das Eigenkapital massgeblich ist, sondern auch Tragbarkeitsüberlegungen, welche sich vor allem die Banken machen, sofern sie der Stadt Kredit gewähren. Diese Tragbarkeitsrechnung stösst sicher früher an ihre Grenze als das Eigenkapital. Auf die gesetzlichen Bedingungen des Steuerrechts will ich nicht eingehen. Ich möchte aber anregen, den Finanzplan nicht nur mittelfristig auszurichten, sondern mindestens zusammenfassend auch die langfristigen Perspektiven anzuführen. Das hätte zur Folge, dass mit eingefrorenen Zahlen gearbeitet werden könnte. Diesfalls wäre auch die Entwicklung der Abschreibungen, des Vermögens aber auch der stillen Reserven einsehbar. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass selbst beispielsweise das Dufourschulhaus, welches auf den ersten Blick in der Bilanz keinen Wert hat, dennoch einen solchen hat. Diese Zahlen wären sicher hilfreich und entspannend zugleich, um die ganze Problematik gemeinsam anzugehen.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Je vous remercie pour vos réflexions apportées dans le cadre de la discussion sur ce plan financier. Je souhaite dire, que la Ville de Bienne a mené son assainissement à bien et les résultats seront visibles à partir de cette année. Il est toutefois vrai, comme cela a été souligné par tous les intervenants de ce soir, que la Ville va rencontrer des soucis de financement. Un résultat équilibré est encore attendu en 2018, mais il changera dès 2020, induisant des déficits croissants durant les années de planification qui suivent. Madame Strobel, vous avez très justement soulevé que la baisse des revenus se base sur le fait que la révision 2019 de la Loi cantonale sur les impôts va, dès 2020, entraîner des pertes d'environ deux dixièmes de la quotité d'impôts. Le programme

d'allègement du Canton de Berne 2018 (PA 2018) laisse également présager des coûts induits directs et indirects. Monsieur Briechle, élaborer maintenant des planifications est possible et la Direction des finances a des plans mais tactiquement il ne serait pas bien de les divulguer maintenant, car il est important, en ce moment, de combattre les mesures proposées. La marge de manœuvre, qui reste pour financer les tâches communales, légales et volontaires est déjà minime et elle risque encore de diminuer. Monsieur Meyer, je peux vous assurer que le Conseil municipal et moi-même, en tant que responsable PRR des finances de cette Ville, travaillons pour la Ville de Bienne et non pour nos partis. Même en prenant d'autres mesures d'économies aujourd'hui, il faut savoir que nous atteignons la limite de nos possibilités. De plus, une augmentation des impôts, alors que la quotité d'impôts vient d'être augmentée en 2016, ne serait pas raisonnable. Il est cependant de notre devoir de faire en sorte que la Ville n'entre pas dans une spirale négative, ce qui empêcherait son développement durable. Pour revenir sur les investissements et les questions précises de Monsieur Bohnenblust, ce n'est pas un souci, car les années à venir ont toujours été présentées sous cette forme-là. Des investissements d'un montant avoisinant les 40 mio. fr. sont engagés chaque année, notamment pour les écoles et les infrastructures publiques et ce n'est pas un problème pour les prochaines années. Les investissements doivent être revus chaque année et le Conseil municipal devra trouver une solution pour investir 40 mio. fr. Le contrat de prestations d'ESB va être prochainement discuté au Conseil municipal et je ne peux pas, aujourd'hui, vous donner des indications à ce sujet. Mais il a été fait attention à garder des entrées stables par rapport à ESB. Le Conseil municipal va donc poursuivre ses efforts au niveau politique et combattre avec les autres communes les programmes d'allègement du Canton, qui seraient directement ou indirectement à la charge de la Ville. Ceci dans le but d'obtenir les compensations dont j'ai déjà parlé. Je vous remercie pour le soutien pour contrer des mesures qui péjoreraient les comptes de la Ville de Bienne et l'empêcherait de se développer à l'avenir.

### **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel beschliesst gestützt auf Artikel 54 Ziffer 3 Buchstabe c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2019 – 2021.
2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Investitionsplanung 2018 – 2027.

### **163. 20170075 Budget 2018 - Botschaft (Fortsetzung)**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir kommen nun wie eingangs erwähnt zur überarbeiteten Botschaft des Budgets 2018. Die gestern beschlossenen Änderungen hat das Ratssekretariat bereits vorgenommen. Auf den Tischen liegt eine überarbeitete Version der Botschaft auf. Gibt es noch weitere Änderungsanträge?

**Steinmann Alfred, SP:** Ich bin Lehrer und ich bin ein "Erbsenzähler": In Kapitel 4 "*Argumente für und gegen das Budget*" wird erwähnt, dass der Stadtrat dem Budget



mit 37 Ja-, gegen 12 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt hat. Nun stelle ich aber fest, dass in der Botschaft viel mehr Argumente gegen das Budget angeführt werden. Das geht für mich nicht auf. Die *"Argumente dafür"* umfassen 19 Zeilen, die *"Argumente dagegen"* 21 (die auch noch dichter formatiert sind). Die Argumente dagegen werden also im Abstimmungsbüchlein mehr Platz erhalten. Das geht so nicht! (*Unruhe im Saal*) Ich finde es unerhört, die Argumente der 12-köpfigen Gegnerschaft des Budgets derart hervorzuheben und ich plädiere dafür, dass beide, Befürwortende und Gegnerschaft im Abstimmungsbüchlein gleich viel Platz erhalten. **Deshalb beantrage ich, das dritte Argument dafür wie folgt zu ergänzen:** *"Der Service Public, die Anstellungsbedingungen für das städtische Personal, die Bildungsqualität sowie die kulturellen und sozialen Angebote werden mit dem Budget 2018 gewährleistet und auch die Interessen der für die Bieler Bevölkerung wichtigen Institutionen werden berücksichtigt."*

**Haueter Joël, SVP:** Aus meiner Sicht ist das ganze Abstimmungsbüchlein eigentlich ein Pro-Argumentarium für die Annahme des Budgets. Aus diesem Grund kann meines Erachtens unter Kapitel 4 ruhig den gegnerischen Argumenten etwas mehr Platz eingeräumt werden. Die Argumente, die für die Annahme des Budgets sprechen, wiederholen sich ohnehin im Abstimmungsbüchlein mehrfach. Ich sehe daher keinen Grund, warum dies heute unter Kapitel 4 noch ein weiteres Mal ergänzt werden sollte. Sollte Ihnen das aber so wichtig sein, wird sich die Gegnerschaft nicht wehren...

**Grupp Christoph, Grüne:** Herr Steinmann, wir haben vorhin schon kurz miteinander gesprochen. Für mich zählt die Qualität und nicht die Quantität der Argumente. Ich empfehle Ihnen also dringend, hier von dieser Erbsenzählerei abzusehen, zumal es sich um ein Dokument handelt, das erfahrungsgemäss nur von wenigen StimmbürgerInnen überhaupt gelesen wird....

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Es geht nicht darum, die für das Budget sprechenden Argumente zu erweitern. Den Befürwortenden ist jedoch wichtig, dass ihre Schwerpunkte ausdrücklich erwähnt werden. Ist dies nun im Abstimmungsbüchlein noch möglich, möchten wir diese auch explizit erwähnt wissen – genau genommen steht nämlich nicht das, was genau so anderswo schon steht.

## Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Steinmann, das dritte *«Argument dafür»* wie folgt zu ergänzen: *"Der Service Public, die Anstellungsbedingungen für das städtische Personal, die Bildungsqualität sowie die kulturellen und sozialen Angebote werden mit dem Budget 2018 gewährleistet und auch die Interessen der für die Bieler Bevölkerung wichtigen Institutionen werden berücksichtigt."*

**Der Antrag wird angenommen.**

## Schlussabstimmung

Der Entwurf für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen **genehmigt**.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Die Finanzdirektorin, Frau Steidle, wünscht nun noch kurz das Wort.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Je souhaite prendre très brièvement la parole, même si cela mériterait un long discours, afin de saluer Madame Margrit Keller, responsable du bouclage du budget et de l'établissement du plan financier, qui est présente à la tribune pour la dernière fois. En effet, elle a décidé de quitter la Ville afin de vaquer à d'autres occupations.

#### **165. 20170242 Alters- und Pflegeheim Redernweg / Teilsanierung und Erweiterung / Verpflichtungskredit / Botschaft**

**Gurtner-Oesch Sandra, GPK:** Das Alters- und Pflegeheim (APH) Redernweg ist eines von vier städtischen Heimen und hat 110 Bewohnende. Das Heim wurde 1972 erbaut und 1976 in Betrieb genommen und seither nie umfassend saniert. Das mutige und prägnante Gebäude ist im Anhang zum Bauinventar der Denkmalpflege aufgeführt, aber noch nicht klassiert, weil es noch nicht alt genug dafür ist. Mit der Annahme des heutigen Geschäfts würde sich das aber ändern, weil sich die Denkmalpflege mit einer Summe von CHF 326'000 an der Sanierung beteiligen will. Für diesen Beitrag erhält sie dann eine vertraglich vereinbarte Unterschutzstellung des Gebäudes. Am 19. November 2015 hat der Stadtrat über den Projektierungskredit für die Sanierung des APH Redernweg in der Höhe von CHF 3,4 Mio. befunden, entsprechend dem in der Investitionsplanung hierfür angeführten Betrag. Der GPK-Sprecher bezweifelte seinerzeit, dass der Betrag für die Sanierung ausreichen würde. Heute wird dem Stadtrat ein Verpflichtungskredit von CHF 8,8 Mio. vorgelegt, womit das Geschäft dem Volk vorgelegt werden muss. Aus dem Bericht geht hervor, dass nie eine umfassende, dafür aber unregelmässig kleinere Unterhalts- und Sicherheitsarbeiten ausgeführt wurden. Die ursprünglich ins Auge gefasste Teilsanierung musste nun aber ausgeweitet werden und beinhaltet Folgendes: eine Saalerweiterung, die Sanierung der Aussenhülle, eine Neukonzeption der Elektrohaupt- und -etagenverteilung, Notstromgeneratoren, Brandmeldeanlage, Weglaufschutz, Uhrenanlage, Beleuchtung. Alle diese Vorrichtungen sind veraltet, entsprechen nicht mehr den Normen und müssen daher ersetzt werden. Ferner müssen Lüftungsanlagen eingebaut werden, wobei mit der Wärmerückgewinnung auch noch energetische Massnahmen einhergehen. Sanitäre Leitungen müssen ersetzt werden. Aus baulicher Sicht ergibt sich ganz klar ein Bedarf für eine Teilsanierung. Betrieblich hingegen, sie konnten das dem Bericht entnehmen, schlägt der Gemeinderat sinnvolle Anpassungen vor. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang die Erweiterung des Saals und der Einbau eines Fumoirs. Letzteres ist von übergeordneter Stelle vorgeschrieben. Viel mehr findet sich aber zum betrieblichen Aspekt nicht. Angesichts der doch sehr hohen Investitionssumme und der damit zusammenhängenden hohen Abschreibungen zu Lasten der Kostenstelle Redernweg, hat die GPK ausführlichere Erklärungen verlangt. Auf Frage an die Direktion nach der Strategie und wie eine kostendeckende Führung gewährleistet werden kann, wurde der GPK zugesichert, dass sowohl eine diesbezügliche Verordnung als auch ein individuelles Betriebskonzept existiere. Die GPK erhielt aber keine Einsicht in diese Dokumente. Die GPK hat lediglich

vernommen, dass die Direktion 2016 angefangen habe, die Grundlagen für eine Strategie zu erarbeiten.

Wir alle wissen, dass die Pflege in den APH grossen Herausforderungen ausgesetzt ist. Die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen steigt aufgrund der demografischen Begebenheiten zukünftig noch an. Gleichzeitig gilt es den sich ändernden Bedürfnissen der ins Alter kommenden Baby-Boomer-Generation gerecht zu werden, die einen mehrheitlich selbstbestimmten Lebensstil anstreben. Aus diesem Grund nimmt auch die Nachfrage nach neuen Wohnformen, integrierten Angeboten zwischen ambulanten und stationären Dienstleistungen zu. Anders gesagt: die heutige aber auch die künftige Generation Redernweg-Bewohnende wird sich dort kürzer aufhalten, muss dafür aber intensiver gepflegt werden. Es ist unklar, wie die Stadt als Eigentümerin und Betreiberin und damit auch qualitätssicherndes Organ diesen Umständen Rechnung tragen will. Der Bericht sagt kein Wort zu einer solchen Strategie. Gerade im Wohnbereich ist doch sehr fraglich, ob die kleinen und nur beschränkt behindertengerechten Zimmer den künftigen Anforderungen gerecht werden können. Die GPK befriedigt dieser Teil des Berichts gar nicht. Aus Sicht der GPK muss der Bau der Sichtweise des Bestellers folgen, heisst, dass der Besteller erst wissen muss, was er will, bevor er Bauaufträge erteilen können soll. Was die Finanzen anbelangt, ist auch für die GPK unbestritten, dass die Investition aus der Spezialfinanzierung «Städtische Betagtenheime» (SGR 862.59.1) erfolgen kann. Die Ertragsüberschüsse aus dem Heim sind in diese Spezialfinanzierung eingeflossen und sollen nun auch den Heimbewohnenden und dem Betrieb wieder zugute kommen. Der Betrieb kostet heute laut Bericht CHF 1,2 Mio. - gemäss Factsheet, das die Direktion nachgeliefert hat, gar CHF 1,3 Mio. pro Jahr. Welche dieser Zahlen stimmt? Von diesem Betrag werden CHF 77'000 für den Baurechtszins und CHF 150'000 für Unterhaltsmassnahmen verwendet. CHF 791'000 schliesslich werden nur abgeschrieben. Das heisst, dass davon ausgegangen werden muss (auch wenn dies im Bericht nicht erwähnt ist), dass in den ersten fünf Jahren ein jährliches Defizit von CHF 435'000 anfällt und ab dem sechsten Jahr weitere CHF 200'000 zusätzlich für die folgenden fünf Jahre zurückgestellt werden müssen. Sie können sich selber ausrechnen, wieviel dies ausmacht. In der Spezialfinanzierung «Städtische Betagtenheime» befinden sich aktuell CHF 7,6 Mio., das sind 88% der vorgesehenen Sanierungskosten. Wie die Differenz finanziert wird, weiss die GPK nicht, nimmt aber an, dass das Geld auch aus den anderen Heimen dafür verwendet werden kann. Die Spezialfinanzierung bezieht sich ja auf alle Heime und wir kennen ja mindestens ein weiteres Heim, das ebenfalls Sanierungsbedarf aufweist. Angesichts dieser Angaben zur Finanzierung gilt es sich bewusst zu machen, dass die Finanzierung mit den kantonalen Infrastrukturbeiträgen steht oder fällt. Alle Änderungen dieser Parameter hätten auch Änderungen des Defizits zur Folge.

Zu den Terminen: Die Baudirektion drängt den Stadtrat heute zu entscheiden, weil die Vorlage ja noch vor das Volk muss. Sollte dies im Februar nächstes Jahr nicht darüber befinden können, bliebe nicht ausreichend Zeit für einen Baustart im April des nächsten Jahres. Sie haben ja dem Bericht entnehmen können, dass die Fenster dringend saniert werden müssen und dies geschieht sinnvollerweise im Sommer. Eine Verzögerung dieser Arbeiten hätte automatisch eine Verzögerung des Projekts um ein Jahr zur Folge. Sie merken, die GPK hat sich schwer getan, das Geschäft zu beurteilen. In der GPK war eigentlich eine Mehrheit für die Ablehnung des Geschäfts, weil eine Strategie fehlt und Investitionen von rund CHF 9 Mio. doch einen recht

erheblichen Grundstein legen, obgleich nicht sicher ist, dass dieser am richtigen Ort gesetzt wird. Gleichzeitig wollte aber auch eine GPK-Mehrheit das Geschäft auch nicht ablehnen, weil der Sanierungsbedarf unbestritten und dringlich ist. Schliesslich will man den Bieler Senioren ein Dach über dem Kopf anbieten können, das diesen Namen auch verdient. Deshalb hat die GPK noch an der Sitzung einen Rückweisungsantrag beschlossen. Sie haben diesen vor sich auf den Tischen. diesen ziehen wir nun aber zurück.

In der Zwischenzeit erhielt der Stadtrat von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ein Factsheet, das ein Defizit für das APH ausweist. Gleichzeitig erhielten wir von der Bau-, Energie- und Umweltdirektion aber auch eine Aufschlüsselung der Sanierungskosten. Diese legt dar, dass selbst wenn eine Strategie für das APH darlegte, dass der Grundstein falsch gelegt wurde, das Gebäude dennoch massiv sanierungsbedürftig bleibt. Die Differenz, zwischen den zwingenden Sanierungsmassnahmen am Gebäude und denjenigen Massnahmen, die sich zusätzlich aus dem Betrieb ergeben, ist klein. CHF 7,2 Mio. sind für die Gebäudesanierung notwendig, insgesamt sind nun gemäss Bericht aber CHF 8,6 Mio. vorgesehen. Aufgrund dessen hat sich auch in der GPK eine Mehrheit gegen den ursprünglich geplanten Rückweisungsantrag ergeben. Stattdessen hat die GPK aber eine dringliche Motion 20170315 verfasst, die ein Konzept für ein städtisches Angebot an Alters- und Pflegeinfrastrukturen verlangt. Die GPK empfiehlt Ihnen daher abschliessend zähneknirschend, dem Geschäft zuzustimmen und ihre dringliche Motion für ein Konzept zu unterstützen.

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP:** Die Fraktion FDP stellt ihrerseits **Antrag auf Rückweisung** dieses Geschäfts mit folgenden Auflagen:

**Dem Bericht an den Stadtrat sind noch beizulegen:**

- **das Betriebskonzept nach erfolgter Sanierung, inklusive Kostenstellenrechnung, und**
- **die Gebäudestrategie bezüglich geplanter Nutzungsdauer und künftigem Sanierungsbedarf, inklusive notwendiger Investitionen.**

Unser Rückweisungsantrag geht in die gleiche Richtung, wie der von der GPK vorgesehene. Das eigentliche Baugeschäft war bei uns unbestritten, ebenso die Sanierungsbedürftigkeit des Gebäudes. Über die Höhe der Kosten und die vorgesehenen Massnahmen kann sicher diskutiert werden. Ein Teil der notwendigen Sanierungsmassnahmen ergibt sich klar aus dem mangelnden Unterhalt. Es gibt andere Gebäudeeigentümer, die ihre Gebäude besser Instand halten als die Stadt Biel. Grundsätzlich könnte aber gesagt werden, dass dem Geschäft zugestimmt werden kann. Auf die betrieblichen Aspekte komme ich später noch zurück. Ganz am Schluss des Berichts wird jedoch erwähnt, dass im APH Redernweg zukünftig nur noch Einzelzimmer vorgesehen sind. Für die Bewohnenden ist das eigentlich schön, für die Pflege und die Finanzen ist dies jedoch katastrophal! Das siebenstöckig betriebene APH mit je acht Bewohnenden kann so betrieblich nicht wirtschaftlich geführt werden. Entweder hat es ausreichend Pflegepersonal und diesfalls mehr Personal als im Richtstellenplan vorgesehen. Aus dem Bauch heraus würde ich fünf bis sieben zusätzliche Pflegende schätzen, ausmachend also rund CHF 500'000 - 700'000 Mehrkosten. Oder aber es sind nur soviel Pflegefachleute vorhanden wie der Richtstellenplan vorsieht, dann aber deckt die Pflege die Bedürfnisse der Bewohnenden nicht ausreichend ab. Ich rede diesbezüglich aus eigener Erfahrung. Der grosse Fehler in diesem Bericht ist der, dass nirgendwo erwähnt wird, was die

Bestellerdirektion mit dem APH in Zukunft beabsichtigt. Die der Sanierung zugrundeliegenden Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und ein entsprechendes Konzept für das APH Redernweg fehlen. Zeit, um entsprechende Visionen zu entwickeln wäre ausreichend vorhanden gewesen. Dem Stadtrat hätte also ohne weiteres diese Überlegungen und die daraus gezogenen Schlüsse unterbreitet werden können.

Nun sollen also knapp CHF 9 Mio. in ein 40-jähriges Gebäude investiert werden, das an das Ende seiner Lebensdauer angelangt und das für eine moderne Pflege nicht mehr geeignet ist. Im Bericht wird mit keinem Wort erwähnt, was mit dem Gebäude Redernweg geschehen soll, wie lange es als APH weiter betrieben werden soll. Aus der Abschreibungsdauer von fünfzig Jahren könnte ich allenfalls schliessen, dass das APH noch weitere fünfzig Jahre betrieben werden soll. In den nächsten zehn Jahren sind jedenfalls keine weiteren Investitionen vorgesehen. An der Begehung des Gebäudes für den Stadtrat nahmen nicht viele Stadtratsmitglieder teil. Ich stelle fest, dass die Teilsanierung keine Arbeiten in den Zimmern vorsieht. Lediglich die Haustechnik sowie die Fassade des Wohnheims werden saniert. Für den Komfort der Heimbewohnenden selber aber sind keine Massnahmen vorgesehen. Vor rund zwei Jahren führte der Stadtrat eine Diskussion über die gesunde Ernährung in städtischen Einrichtungen. In diesem Zusammenhang wurde gesagt, dass die Ernährung in städtischen Einrichtungen über städtische Grossküchen gesteuert werden soll. Eine dieser Küchen war diejenige im APH Redernweg, für welche Sanierungsbedarf festgestellt wurde. Im Bericht nun zum APH Redernweg steht dazu kein Wort, vielmehr soll in den nächsten zehn Jahren nichts mehr in das APH investiert werden müssen. Das können Sie glauben oder nicht. Noch vor einem Monat wurde im Stadtrat eine demokratische Kontrolle der Heime gefordert. Wenn Sie das ernst meinen, dürfen Sie heute dieses Geschäft nicht genehmigen! Sie haben nicht ausreichend Unterlagen und Informationen, um über die Zukunft des APH Redernweg entscheiden zu können. Ein Entscheid kann nur dann gefällt werden, wenn alle Fakten bekannt sind, ansonsten darf er nicht gefällt werden, das wäre hoch fahrlässig! Ich bitte Sie daher, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Nehmen wir uns die notwendige Zeit und lassen Sie uns aufgrund der vom Gemeinderat noch beizubringenden Unterlagen urteilen.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Es wurde ein Rückweisungsantrag gestellt. Ab jetzt kann also nur noch zur Rückweisung gesprochen werden.

**Koller Levin, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO gibt der Fraktion FDP in einem Punkt recht: Es braucht tatsächlich ein Konzept. Es braucht aber ein Konzept für alle vier Betagtenheime und nicht nur für das APH Redernweg. Die Ausarbeitung eines solchen Konzepts braucht jedoch Zeit. An der letzten Stadtratssitzung wurde, was die Zukunft der Heime anbelangt, ein wichtiger Entscheid gefällt. Der Gemeinderat braucht nun die nötige Zeit um ein überzeugendes Konzept für alle Heime auszuarbeiten. Auf der anderen Seite - und da sind wir uns wohl alle einig - braucht das Gebäude APH Redernweg dringend eine Sanierung. Die Gebäudehülle weist Risse auf, der Putz bröckelt von den Wänden und Fenster fallen aus den Rahmen. Das ist gefährlich und es entspricht nicht unseren Vorstellungen von Altern in Würde! Diese Mängel müssen also so rasch als möglich behoben werden.

Zu den ökonomischen Risiken: Falls es zukünftig zu einem Überangebot an städtischen Heimplätzen kommen sollte, würde sich ein anderes Heim besser für eine

Schliessung anbieten. Schon heute ist deshalb klar, dass das APH Redernweg auch in Zukunft ein fester Bestandteil der Bieler Betagtenheime bleiben wird. Da mit der Sanierung lediglich die Gebäudehülle und die Infrastruktur wieder Instand gesetzt werden sollen, erachten wir ein fertiges Konzept für den heutigen Stadtratsentscheid nicht als zwingend. Erst bei einem allfälligen Innenausbau, wäre ein solches notwendig. Zugegebenermassen hätte aber der Gemeinderat seine Vorstellungen und Überlegungen im Bericht besser kommunizieren müssen. Diesfalls wäre es wohl auch nicht zu einem Rückweisungsantrag gekommen. Zu guter Letzt bringt die Sanierung auch energetische Verbesserung des Gebäudes und somit eine Reduktion von CO<sup>2</sup>-Emissionen und des Energieverbrauchs. Allerdings bleibt zu erwähnen, dass aus der Klimaperspektive früher oder später auch das Heizungssystem auf erneuerbare Wärme umgestellt werden müsste. Aus all diesen Gründen wird die Fraktion SP/JUSO den Rückweisungsantrag ablehnen und dem Geschäft zustimmen.

**Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Le Groupe UDC/Les Confédérés ne peut pas accepter le concept d'assainissement partiel ainsi que l'agrandissement de l'établissement médico-social pour personnes âgées du chemin Redern (EMS Chemin Redern) sans informations supplémentaires. La proposition de renvoi du Groupe FDP est donc soutenue par notre groupe.

**Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR:** Le Conseil de ville doit décider d'un assainissement d'un bâtiment ce soir. À la séance du Conseil de ville du 21 septembre 2017, lorsqu'il était question de privatiser les EMS de la Ville, il a été dit, que ce serait le Conseil d'administration qui prendrait la décision de rénovation et que cela ne poserait aucun problème. Le Conseil municipal propose, ce soir, un projet d'assainissement de l'EMS Chemin Redern. Un concept et des précisions sont demandés et, en 2020, on prétendra que le Conseil municipal ne fait rien et qu'il n'avance pas. Les documents présentés sont précis et des explications ont été données. Il faut donc aller de l'avant. Je vous demande donc de soutenir la proposition du Conseil municipal et d'être, de ce fait, contre le renvoi de cette affaire.

**Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR:** Le Groupe PRR a passablement discuté de ce dossier et tout d'abord il avait été envisagé d'accepter le renvoi de cette affaire. Toutefois, il est important de souligner qu'il y a deux aspects très différents dans cette affaire. Le projet d'arrêté concerne les rénovations, qui sont incontestables et nécessaires. En effet, l'eau ruisselle dans le bâtiment, certaines fenêtres sont condamnées et les ascenseurs ne sont plus utilisables. À court terme et sans la réalisation de ces travaux, certains lits ne pourront plus être utilisés et cela va entraîner un manque à gagner pour la Ville. De plus, même s'il serait un jour envisageable de changer l'utilisation de ce bâtiment, il faudrait procéder à ces travaux. Le deuxième aspect est celui de l'exploitation et le Groupe PRR n'est absolument pas satisfait des explications données, pour les raisons déjà évoquées par la représentante de la Commission de gestion (CDG). La Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement a malheureusement livrée un document uniquement de deux pages A4 avec un aperçu, qui n'amène aucun détail supplémentaire au rapport. Le Groupe PRR regrette cette manière de faire et la considère comme peu professionnelle. Le Groupe PRR, suite au dépôt de la motion urgente de la CDG demandant un concept complet pour tous les homes municipaux, a décidé donc de refuser la demande de renvoi.

**Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP:** Vielleicht findet das vorliegende Geschäft heute Abend im Stadtrat eine Mehrheit. Was passiert aber, wenn auch das Volk dem Geschäft zustimmt und mit der Sanierung des APH Redernweg begonnen wird und uns danach ein gemeinderätliches Konzept vorgelegt wird, das uns aufzeigt, dass der heutige Entscheid schlecht war? Diesfalls kann auf den heutigen Entscheid nicht mehr zurückgekommen werden, weil auch das Volk diesen Entscheid schon gestützt hätte. Für die Fraktion EVP/BDP stellt sich die Frage, ob das APH Redernweg schnell oder richtig saniert werden soll. Was spielt es für eine Rolle, wenn mit den Sanierungsarbeiten im April 2018 begonnen wird und die Fertigstellung im Sommer 2019 erfolgt oder aber erst im Sommer 2018 mit den Sanierungsarbeiten begonnen wird und die Fertigstellung erst im Herbst 2019 vorgesehen werden kann? Die Fraktion EVP/BDP möchte sich gerne die Zeit nehmen und erst die Antwort des Gemeinderates auf die dringliche Motion 20170315 «Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur» der GPK abwarten. Wir werden daher dem Rückweisungsantrag der Fraktion FDP zustimmen um wie gesagt das Richtige und nicht einfach irgendetwas zu machen. Eine Bemerkung am Rande an Herrn Koller: Ich weiss nicht ob in der Stadt Biel in den nächsten 20 Jahren mit einem Überangebot an städtischen Heimplätzen zu rechnen ist. Die Bevölkerung wird bekanntlich immer älter und die geburtenstarken Jahrgänge werden erst nächstens pensioniert, kommen unter Umständen also frühestens in rund fünfzehn Jahren in die Pflegeheime. Die Lebenserwartung steigt aber immer noch an. Ob nun gerade Einbettzimmer die beste Lösung sind, bleibt meines Erachtens dahingestellt. Es könnte doch durchaus sein, dass Zweibettzimmer auch in Zukunft Sinn machen, damit auch Ehepaare in Würde und im gleichen Zimmer ihren Lebensabend verbringen können.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne hat lange über diese Vorlage diskutiert und sich schwer getan mit einem Entscheid. Auch uns stört, dass sich der Vorlage nicht entnehmen lässt, wie der Betrieb künftig gestaltet werden soll und welche Rolle das APH Redernweg künftig unter allen städtischen APH einnehmen soll. Auch die Botschaft enthält wenig Informationen dazu. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass ein hässliches Entlein dem Stimmvolk als wertvolles städtisches APH verkauft werden soll. Für fast CHF 9 Mio. wird das Volk um Zustimmung gebeten, der Bericht, ist allerdings ziemlich hölzern und trocken abgefasst. Es wird wenig Herzblut vergossen und das hat uns doch etwas gestört, dies einerseits auf der feinstofflichen Seite aber auch in Anbetracht der effektiv sehr dünnen Faktenlage. Schlussendlich hat sich die Fraktion Grüne davon überzeugen lassen, dass die Sanierung jetzt an die Hand genommen werden muss. Die heutige Situation, in der Fenster zugeschraubt werden müssen und wo jederzeit damit gerechnet werden muss, dass Beton platzt oder herunterfällt, ist unhaltbar. Das Gebäude Redernweg ist ferner eine wahre Energieschleuder. Unserer Ansicht nach ist eine Verzögerung der notwendigen Sanierungsarbeiten um mindestens ein weiteres Jahr den über einhundert älteren dort wohnhaften Mitbürgern und Mitbürgerinnen Biels nicht mehr zuzumuten. Die Fraktion Grüne lehnt daher die Rückweisung auch ab, weil die Sanierung des Gebäudes so oder so, also unabhängig vom Betriebskonzept, erfolgen muss. Läge ein Betriebskonzept vor, hätten vielleicht gewisse Synergien genutzt werden können, die Sanierung ist aber grundsätzlich unbestritten und notwendig.

**Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP:** Jetzt spreche ich mit dem Hut der Fraktion GLP, darf mich also ruhig auch etwas pointierter äussern. Die

Entscheidungsgrundlage zu diesem Geschäft gleicht einem Blindflug, weil nicht klar wird, was dieser Entscheid für die Zukunft des Gebäudes bedeutet. Sehr störend ist meines Erachtens, dass das jährliche Defizit von CHF 435'000 nirgends aufgeführt ist und der Gemeinderat dieses erst auf Rückfrage bekannt gab. Die Sanierung des Gebäudes ist notwendig, sofern davon ausgegangen wird, dass das Gebäude genau so stehenbleiben soll. Derzeit ist nicht bekannt, welche Optionen es für dieses Gebäude sonst noch gibt. Die Stadt Biel verfügt über sehr viele weitere Gebäude, die sich in einem erbärmlichen Zustand befinden. Das heutige Geschäft ist nicht unser erstes, bei welchem dem Stadtrat gesagt wird, dass er es unterstützen muss, weil die Arbeiten eilen und das Geschäft auch noch dem Volk vorgelegt werden muss. Dem Stadtrat wurde das Messer schon verschiedentlich an den Hals gesetzt. Vielleicht würde es doch Sinn machen, nicht das Gebäude zu bewerten, sondern das Grundstück des Gebäudes zu validieren und allenfalls auf die Sanierung dieses mutigen und prägnanten und - im Moment noch nicht im schützenswerten Bauinventar aufgeführten Gebäudes - zu verzichten. Es ist eigentlich nicht meine Art, aber aussergewöhnliche Situationen erfordern aussergewöhnliche Massnahmen. Die Fraktion GLP unterstützt deshalb den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP. Ein Entscheid auf dieser Grundlage ist den Heimbewohnenden nicht zuzumuten. Die beantragte Teilsanierung ohne Reservenbildung für weitere Sanierungen, beispielsweise für die Pflegeinfrastruktur ist fragwürdig. Klar wird dafür gesorgt, dass kein Regen mehr in die Zimmer eindringt. Es ist jetzt aber an der Zeit klarzustellen, dass es so nicht mehr weitergehen kann.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich führe jetzt eine Rednerliste ein, womit nur noch die angeführten Stadtratsmitglieder das Wort ergreifen können.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Herr Kaufmann, es ist nicht so wie Sie sagen. Es ist nicht gefährlich, heute einen Entscheid zu fällen. Vielleicht reden wir aber alle auch nur aneinander vorbei? Der im letzten Monat beschlossene, detaillierte Rückweisungsantrag der Fraktionen SP/JUSO und Grüne sowie der PdA zum Geschäft «Ausgliederung der städtischen Alters- und Pflegeheime in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft / Eckwerte der Ausgliederung / Verpflichtungskredit» verlangt vom Gemeinderat explizit, für die städtischen Alters- und Pflegeheime eine neue Struktur mit optimierter Organisation zu erarbeiten. Der entsprechende Auftrag geht weiter als das von Ihnen, Herr Kaufmann, verlangte Konzept und wurde zudem bereits vor einem Monat erteilt. Aber vielleicht haben wir uns nicht richtig verstanden. Ich empfehle, den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP nicht zu unterstützen.

**Brunner Thomas, EVP:** Wer der hier Anwesenden würde für CHF 9 Mio. das Wohnzimmer umbauen, wenn die Möglichkeit bestände, daraus ein Jahr später ein Schlafzimmer zu machen? Ich jedenfalls nicht. Hat ein im Nachhinein und auf Druck schnell erstelltes Factsheet etwas wert sein? Meiner Erfahrung nach sind solche nachgereichten Factsheets wenig wert. Aus diesem Grund bin ich auch ein wenig enttäuscht von der GPK, dass sie den Rückweisungsantrag zurückgezogen hat. Erwähnt wurde auch das fehlende Herzblut für die Vorlage. Vielleicht wäre es doch gescheiter, das Gebäude in fünf oder zehn Jahren als Studentenwohnheim zu nutzen, weil es eben für den Alters- und Pflegeheimbetrieb nicht geeignet ist. Dennoch sollen heute CHF 9 Mio. investiert werden. Meines Erachtens funktioniert



das so nicht und aus diesem Grund unterstütze ich den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP.

**Wiederkehr Martin, SP:** Wäre ich Besitzer des APH Redernweg, wäre ich froh, wenn das APH schon ausgelagert wäre, dann müsste die heutige Diskussion hier im Stadtrat nicht geführt werden... Die bisherigen Diskussionen sind engagiert, gehen aber hin und her und ändern nichts daran, dass der Sanierungsbedarf des Gebäudes unbestritten ist. Nach wie vor zieht es bei den Fenstern im APH Redernweg herein. Vergleiche ich die Situation mit dem (ebenfalls fensterlastigen) Berufsbildungszentrum (BBZ) Biel, so zieht es auch dort bei den Fenstern herein. Der Kanton investiert aber ebenfalls kein Geld, allerdings ist das Gebäude nachts aber auch nicht bewohnt und beheizt. Nun aber zum APH Redernweg und dem Rückweisungsantrag der Fraktion FDP. Ich schliesse mich teilweise der Meinung der GPK an, dass wenn saniert werden soll auch bekannt sein muss, wie das Gebäude weiterhin genutzt werden soll. Es ist aber sicher, dass die Stadt das Gebäude behalten will. Es wird also nicht über Nacht ein Studentenheim, weil für das Gebäude als APH nach wie vor ein Bedarf besteht. Was in zwanzig Jahren an Gebäuden benötigt wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Der Planungshorizont beträgt maximal fünf Jahre. Herr Kaufmann, es gibt Pflegeheime mit Einzelzimmern in der Grösse des Redernwegs, die durchaus rentieren. Zweierzimmer für Ehepaare sind ein Auslaufmodell, da vor allem Einzelzimmer nachgefragt werden. Die Grundsatzfrage ist doch die, ob das Gebäude weiterhin im Besitz der Stadt verbleiben soll. Falls dem so ist, kann ich nur bedauern, dass es nicht schon früher saniert wurde. Ich sehe aber keinen Sinn darin, die Sanierungsarbeiten um ein weiteres Jahr zu verschieben, so lange das Gebäude als APH genutzt wird. Das APH Redernweg im derzeitigen Zustand zu belassen, ist jedenfalls unverantwortlich. Es muss der Gesellschaft etwas wert sein, in das Gebäude zu investieren und zwar eher heute als morgen.

**Gurtner Roland, Passerelle:** J'ai de la peine à comprendre cette demande de renvoi. Il existe une Autorité cantonale, qui accorde l'autorisation de gérer les établissements médico-sociaux (EMS), à des conditions très précises et exigeantes, qui surveille et contrôle et qui a même le pouvoir, de retirer à un EMS l'autorisation d'exploiter, si les conditions ne sont pas remplies. L'Ordonnance sur les foyers (RSB 862.51) précise à quelles conditions la demande d'autorisation est accordée. Il faut fournir l'emplacement de l'EMS, les installations, les plans et les indications sur le taux d'occupation, l'affectation des locaux ainsi que le programme d'exploitation et non le concept, comme cela a été traduit. Il faut également présenter le nombre de places d'accueil ainsi que l'effectif du personnel, sa formation et son affectation, ceci avec un organigramme. Donc, il me semble que l'Ordonnance sur les foyers permet d'avoir toutes les garanties qu'un tel EMS peut être géré, même après des transformations. On peut lire, dans le rapport du Conseil municipal, que les EMS ayant présenté une demande de subventions de construction ou d'exploitation, comme cela est le cas, doivent ajouter un dossier indiquant les besoins et le budget d'exploitation. Donc, je me demande s'il est vraiment nécessaire de se méfier ou de mettre en doute les capacités du Canton et celles de la Ville, à gérer de manière correcte et sans risque cette transformation.

**Suter Daniel, PRR:** Le Conseil de ville est dans le dilemme et sous pression. Il a l'habitude de cette pression, car c'est toujours la même situation d'urgence qui se répète et il faut décider, aujourd'hui. Si cette décision n'est pas prise, c'est la catastrophe! Il y en a marre de ces situations d'urgence et il faudrait pouvoir éliminer l'urgence de nos discussions. La gestion d'un EMS est un métier, car c'est une entreprise et nous en avons déjà parlé. La remarque de notre collègue Ogi est juste, car cela permettrait au Conseil d'administration de décider plus rapidement. Je pense, toutefois, qu'il pourrait décider aussi sur des bases solides, car il est responsable des finances et du fonctionnement. Une confusion est faite entre l'entretien et la rénovation d'un bâtiment du patrimoine administratif. Je fais confiance à la CDG, qui a été la première à soulever le problème, en déposant une motion. Les membres de la CDG reconnaissent qu'il y a un problème et qu'il faut trouver des réponses à certaines questions de gestion des EMS de la Ville de Bienne. Ces réponses doivent être obtenues avant que la Ville investisse 9 mio. fr. Nous venons de parler du plan financier et vous oubliez très vite que les 40 mio. fr. annuels devraient être investis intelligemment. Il n'est donc pas possible de dépenser à l'aveugle 9 mio. fr. Je vous remercie de suivre la proposition de renvoi du Groupe FDP.

**Steinmann Alfred, SP:** Ich halte mich kurz, das meiste wurde bereits gesagt. Es wurde aber erwähnt, dass zu wenig Details in den Unterlagen erwähnt werden. Ich erinnere daran, dass sich nur eine Handvoll Stadtratsmitglieder überhaupt an die stadträtliche Informationsveranstaltung bemüht hat um Fragen zu stellen. Es war genau dieser Anlass, an welchem offene Fragen hätten gestellt werden können. Dennoch sind viele der möglichen Antworten dem von der BKS nachgereichten Factsheet zu entnehmen. Das APH Redernweg darf nicht im heutigen Zustand belassen werden, die Sanierung ist dringend und es geht nahezu ausschliesslich um bauliche Massnahmen. Wird nicht saniert, besteht die Gefahr von abplatzenden und Verletzungen verursachenden Fassadenteilen, die Fenster könnten herausbrechen (wie das schon vorgekommen ist). Der Sanierungsbedarf des Gebäudes ist wie gesagt sehr dringend und deshalb ist es wichtig, dass der Rückweisungsantrag abgelehnt wird.

**Freuler Fritz, Grüne:** Den vorliegenden Rückweisungsantrag und die dahinter stehende Logik der Fraktion FDP verstehe ich nicht. Herr Suter, da Sie immer davon sprechen, dass "*urgence*" vorliege und dass es gelte "*de décider sous pression*", möchte ich Sie an Folgendes erinnern: An der Stadtratssitzung vom 19. November 2015 wurde vom Stadtratspräsidenten anlässlich der Eintretendsdebatte zum Geschäft 20150285 «Projektierungskredit Teilsanierung und Erweiterung Alters- und Pflegeheim Redernweg» Folgendes gesagt, ich zitiere: "*Das vorliegende Geschäft ist in sämtlichen Fraktionen unbestritten. Ich bitte die RednerInnen deshalb, sich in den Voten auf die noch offenen Fragen an den Gemeinderat zu beschränken.*" In der damaligen Debatte ging es nicht um den Betrieb, sondern um den Projektierungskredit für die Teilsanierung und Erweiterung des APH Redernweg. Ich halte fest: Das Gebäude ist rund 41 Jahre alt und in einem erbärmlichen Zustand. Zusammen mit vier KollegInnen war ich an der Stadtratsinformationsveranstaltung. Ich habe dieses Gebäude nicht in einem erbärmlichen Zustand vorgefunden! Für ein Gebäude, das 41 Jahre alt ist und derart intensiv genutzt wird, ist es gut gebaut. Ich glaube, das dies alle bezeugen können, die sich mit baulichen Fragen beschäftigen. Wird die Fassade saniert, das Glas und die Haustechnik ersetzt, ist das sehr gut.

Wenn es nur das ist, lässt sich also gar sagen, dass die Stadt Biel ein gutes (im Gegensatz zu vielen nicht so guten) Gebäude erstellt hat. Wird nun der Rückweisungsantrag angenommen und diese Sanierung mit der Begründung verschoben, dass ein Betriebskonzept fehlt ist das fatal. Das APH funktioniert, es ist ausgelastet - vor zwei Wochen waren lediglich zwei Betten frei. Auch das heutige Betriebskonzept funktioniert und wird dies auch die nächsten zwei, drei, fünf Jahren tun. Sie haben aber recht, wenn Sie sagen, dass ein langfristiges Konzept darüber fehlt, wie die Alters- und Pflegeheime zukünftig funktionieren sollen. Das ist richtig. Solche Konzepte fehlen aber auf der ganzen Linie, auch in den privaten Heimen. Es fehlen Konzepte für durchmischte Heime, Konzepte für Heime, die nicht nur über eine Pflegeabteilung verfügen, sondern breiter abgestützt sind und wo auch anderen Bedürfnissen Rechnung getragen wird, Heime also, die durchlässiger werden. Wie Frau Augsburger-Brom bereits gesagt hat, beschloss der Stadtrat an der letzten Stadtratssitzung, den Gemeinderat zu beauftragen, ein langfristiges Konzept dazu zu erstellen, wie diese vier Heime den künftigen Anforderungen besser begegnen können. Stimmt der Stadtrat heute dem Rückweisungsantrag zu, dann scheint mir, Sie wollen das beweisen, was Sie nun schon zwei Jahre lang sagen, nämlich dass die APH ausgegliedert werden müssen, weil die Stadtverwaltung ineffizient und die politischen Wege zu lang sind, um APH effizient zu führen. Verschieben Sie den heutigen Sanierungsentscheid, wollen Sie doch genau das beweisen. Ich verstehe also die dahinterliegende Logik nicht und bitte den Stadtrat daher, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Cadetg Leonhard, FDP:** Das Parlament hat am 21. September 2017 entschieden, die Verantwortung für die APH zu übernehmen. Frau Augsburger-Brom, heute ist der Moment gekommen, um diese Verantwortung wahrzunehmen. Es reicht nicht mehr, eine Gesamtsicht zu haben, vielmehr gilt es nun sich nun um die Details Gedanken zu machen. Herr Wiederkehr, es geht genau jetzt darum, den betrieblichen Teil für das APH Redernweg zu klären. Herr Freuler hat richtigerweise an den schon beschlossenen Projektierungskredit erinnert. Bereits damals haben wir darauf gewartet, dass uns genau erklärt wird, wie der Betrieb dieses APH angesichts der kantonalen Rahmenbedingungen und der speziellen Situation auf dem Arbeitsmarkt für Pflegende gewährleistet werden kann. Damals wurde uns versichert, es werde uns dann zusammen mit dem konkreten Projekt erläutert, wie der kostendeckende Betrieb sichergestellt wird. Ich bin übrigens unserer Gegnerschaft dankbar, wenn sie auf unsere Argumente Bezug nimmt und uns nicht unterstellt, das eine oder andere «Ränkespiel» vorzusehen. Im Stadtrat geht es doch darum herauszufinden, warum die Argumente stichhaltig sind oder eben nicht und warum sie die Einen überzeugen und die Anderen nicht. Ich bitte Sie also, uns nichts zu unterstellen. Herr Gurtner, der Kanton übergibt den Betreibern der APH die Verantwortung für einen sinnvollen Betrieb! Ein sinnvoller Betrieb muss sich aber innerhalb des Kostenrahmens des Kantons bewegen. Es ist nicht am Kanton, die Einhaltung dieses Kostenrahmens nach der Sanierung daraufhin zu prüfen, ob der Betrieb danach auch langfristig gewährleistet werden kann. Es ist nun die Aufgabe des Stadtrates, genau hinzuschauen. Ich spreche hier aus finanzpolitischer Sicht wie übrigens bereits Herr Suter. Wenn Finanzfachleute davor warnen (und es ist nicht nur Herr Kaufmann), dass das APH Redernweg nicht mehr kostendeckend zu betreiben ist, vor allem auch angesichts der für das Personal schlechten Bedingungen Herr Ogi, kann der Stadtrat zwei Fehler machen: Das Gebäude kann falsch saniert werden und so zumindest teilweise Investitionen in den Sand setzen. Damit erhöhen sich die Schulden und

erhalten gleichzeitig nicht das, was wir gerne möchten. Der zweite Fehler wäre mit der anstehenden Sanierung nachhaltig und rasch dafür zu sorgen, dass alljährlich Geld für das APH Redernweg aufgewendet werden muss. Das wären zwei finanzpolitische Fehler. Diese beiden Fehler würden unabhängig davon begangen, wie das notwendige Gesamtkonzept letztlich aussähe. Insofern sind also Detailabklärungen vorgängig zwingend. Ich denke daher mit Blick auf die GPK, dass der Stadtrat zähneknirschend eine Rückweisung beschliessen muss. Es muss klar sein, ob der Betrieb des APH Redernweg kostendeckend und für das Personal sinnvoll sichergestellt werden kann. Ich bitte Sie deshalb dringend, der Rückweisung zuzustimmen.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Ich danke der GPK für die Einreichung der dringlichen Motion 20170315 «Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur». Genau das hätte ich vom Gemeinderat nächsten Sommer erwartet - auch ohne Vorstoss. Zur Information: Die Infrastrukturkostenbeiträge (98%) betragen CHF 1,22 Mio. Herr Ogi, eine private Trägerschaft würde das Gebäude selbstverständlich sehr schnell sanieren, allerdings nie und nimmer aufgrund einer solchen Vorlage. Eine solche Vorlage würde der Verwaltungsrat zurück an den Absender schicken, versehen mit Aufträgen für weitere Angaben. Bevor ein Verwaltungsrat über eine Ausgabe von CHF 9 Mio. entscheidet, benötigt er weitere Fakten. Das ist vermutlich der massgebliche Unterschied bei einer privaten Trägerschaft. Eine private Trägerschaft hätte das APH Redernweg auch nicht derart verkommen lassen. Frau Augsburger-Brom, wir haben uns nicht falsch verstanden! Was Sie nächstes Jahr verlangen geht durchaus in Richtung der Motion 20170315, Sie verlangen eine Gesamtsicht für alle Heime. Gelangt die Gesamtsicht zum Schluss, dass anstelle der APH Redernweg und Ried ein anderes APH gebaut werden sollte, so sind die CHF 9 Mio. bereits für eine Teilsanierung ausgegeben. Für CHF 18-20 Mio. kann ein neues APH für 80 Bewohnende gebaut werden, das den modernsten Anforderungen entspricht. Vergessen Sie nicht, auch die Sanierung des APH Ried ist dringlich und auch mit dieser ist die Stadt mindestens sechs bis sieben Jahre zu spät! Der Fehler kann also nicht dem Stadtrat angelastet werden, wenn das Geschäft APH Redernweg noch einmal um ein Jahr verschoben wird. Der Fehler ist doch der, das nicht bereits vor fünf oder sieben Jahren mit der Sanierung begonnen wurde, denn diese Situation war schon lange bekannt. Herr Wiederkehr, selbstverständlich können Einzelzimmer rentieren. Es gibt viele Heime nur mit Einzelzimmern, jedoch kein einziges, in welchem die Zimmer über acht Stockwerke angeordnet sind. Letzteres kann in einem solchen Gebäude nicht oder nur schwer kostendeckend betrieben werden. Das Problem ist auch das, Herr Gurtner, dass der Kanton einen einzuhaltenden Mindeststellenplan erlässt. Wird dieser Mindeststellenplan strikt eingehalten, dann würden sich die Heime bezüglich der gewährten Pflege jeden Tag in der Presse wiederfinden. Ein Skandal folgte dem nächsten. Ein Heim nur über den Richt- und Mindeststellenplan zu betreiben, ist nicht möglich. Ein APH wie der Redernweg erforderte gar eine Überschreitung des Richtstellenplans um 20 - 30%.! Diese Zusatzausgaben verursachen die eigentlichen Verluste. Diese Mehrausgaben kontrolliert der Kanton jedoch nicht, er verlangt nur die Einhaltung des Mindeststellenplans. Ich bin mit Herrn Freuler einig, dass das Gebäude APH Redernweg gut gebaut ist. Es ist etwas in die Jahre gekommen und hat Abnutzungserscheinungen, stürzt jedoch noch nicht gleich ein. Es ist also nicht in einem so dramatischen Zustand, dass es umgehend saniert werden muss. Architekten, die das Gebäude geschätzt haben, teilen diese Haltung. Was aber, wenn

nächstes Jahr das Betriebskonzept ändert? Diesfalls wären die heutigen CHF 9 Mio. investiert und zwar vielleicht in ein Gebäude, das nicht mehr in der heutigen Form genutzt werden soll. Geben wir uns also die Zeit und warten die Gesamtschau des Gemeinderats vom nächsten Juni ab und genehmigen danach die notwendigen Sanierungsarbeiten. Ich kann übrigens auch die gegnerische Logik, die APH in der Stadtverwaltung zu belassen und auf die demokratische Kontrolle zu beharren, nicht nachvollziehen, zumal Sie, wenn es darum geht, die demokratische Kontrolle wahrzunehmen auf die Seite stehen und sagen, das gehe Sie nichts an...

**Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich danke der GPK, die sich intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt hat. Aus dem Votum der GPK-Sprecherin ging klar hervor, dass die GPK sich die Entscheidung nicht leicht gemacht hat. Für die letztliche Unterstützung dieses Geschäfts und das vertiefte Studium der Vorlage danke ich. Das Gebäude APH Redernweg ist tatsächlich gut gebaut, allerdings unterdessen in die Jahre gekommen, das ist richtig. Auch wenn immer wieder kleinere Investitionen getätigt wurden (in den Unterlagen erwähnt), ist nun nach gut vierzig Jahren eine grössere Sanierung fällig. Falls ich das richtig verstanden habe, ist auch die eigentliche Sanierung des Gebäudes (Fassade, Fenster Haustechnik usw.) unbestritten. Die Frage stellt sich nach dem richtigen Zeitpunkt. Was braucht der Stadtrat, um dies entscheiden zu können? Eigentlich hat sich der Stadtrat heute doch darüber unterhalten. Heute liegt die Beurteilung des Bauprojekts an. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat vor rund zwei Jahren den entsprechenden Auftrag erteilt und der Gemeinderat hat seine Arbeit gemacht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Geschäft heute entschieden werden kann, weil es um das Bau- und nicht um ein Umbauprojekt geht. Würde es sich um ein Umbauprojekt handeln, bei welchem allenfalls einschneidende betriebliche Anpassungen oder gar eine andere Nutzung vorgesehen werden, dann müsste tatsächlich mehr Fakten für einen Entscheid vorliegen. Es stellt sich heute die grundsätzliche Frage, wie die Stadt dieses Gebäude künftig nutzen will. Es stehen mehrere Möglichkeiten zur Auswahl. Das Gebäude kann aber auch weiterhin als Wohn- und Pflegeheim genutzt werden, wie es Ihnen der Gemeinderat vorschlägt, zumal der Bedarf klar vorhanden ist. Es ist bekannt, dass das APH Redernweg derzeit ausgelastet ist und Herr Gemeinderat Némitz wird Ihnen bestätigen, dass dies auch künftig so sein wird. Natürlich kann der Stadtrat auch heute verlangen, dass das Gebäude anders genutzt wird. Es könnte also beispielsweise verlangt werden, das Gebäude als Schule zu nutzen. Das ist nicht möglich, weil es dafür absolut ungeeignet ist! Gleiches gilt für eine andere Umnutzung im städtischen Interesse. Das Gebäude wurde als Wohn- und Pflegeheim gebaut und entspricht den diesbezüglichen Anforderungen. Es könnte auch argumentiert werden, das APH Redernweg werde zukünftig nicht mehr benötigt. Aber auch wenn in dreissig Jahren beschlossen würde, das Gebäude zu verkaufen, muss es heute saniert werden! Auch wenn dies bereits in fünf Jahren der Fall wäre, wäre es so! Die Sanierungsarbeiten sind so oder so zwingend um das Gebäude in einem guten Zustand zu erhalten.

Die Stadt baut nicht das "Wohnzimmer" um, sondern sie saniert bildlich gesprochen das "Einfamilienhaus". Das Dach wird saniert, die Fassade und die Abwasserleitungen. Ob danach Wohn- und Schlafzimmer auch noch geändert werden sollen, wird sich noch weisen. Herr Bohnenblust, sollen Doppel- zu Einzelzimmern werden, wird ein Bett entfernt. Eine solche Strategieänderung bedarf keiner grossen Investition. Die Stadt bleibt absolut flexibel für andere Nutzungen.

Noch einmal: Es geht um die Sanierung der Gebäudehülle, wie die GPK erkannt hat. Natürlich werden auch weiterhin Unterhaltsarbeiten notwendig sein, diese bewegen sich jedoch im Rahmen der üblichen Aufwendungen. Der Gemeinderat setzt den Stadtrat nicht unter Druck. Der Stadtrat kann aus baulichen Überlegungen auch noch ein weiteres Jahr zuwarten, Herr Suter. Aus den von der GPK erwähnten Gründen bedeutet dies aber eine Verschiebung der Arbeiten um mindestens ein ganzes Jahr, eine kürzere Verschiebung ist nicht möglich. Ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen, aber falls der Stadtrat bereit ist, die Konsequenzen der Verschiebung zu tragen, könnte bis auf weiteres mit den Sanierungsarbeiten zugewartet werden. Die Konsequenzen wären beispielsweise, dass künftig noch mehr Fenster fest verschraubt werden müssten, damit die Fenster samt Rahmen nicht auf die Betten der Bewohnenden fallen. Deshalb könnten die Fenster auch in Zweibettzimmern mit pflegebedürftigen Bewohnenden nicht mehr geöffnet werden. Zudem müssten wohl gewisse Aussenbereiche abgesperrt werden, damit sich niemand bei allfälligen Fassadenabplatzungen verletzt. Ausserdem bestände ein erhöhtes Risiko für weitere Schäden im Wasser- und Abwasserbereich. Ein solcher, kürzlich reparierter Schaden kostete die Stadt CHF 50'000. Ob es zu weiteren Schäden käme oder nicht bleibt offen und die Reparaturen müssten dann ad hoc getätigt werden und die zu treffenden Massnahmen fallen günstiger oder teurer aus. Noch zum JUSO-Sprecher und der Aussage "*Altern in Würde*". Das APH Redernweg ist nicht in einem schlechten Zustand und die Mitarbeitenden geben sich enorm Mühe, aus dem Heim das Beste zu machen. Aber auch dem Gemeinderat ist es wichtig, dass die Bewohnenden in einem angemessenen Rahmen ihren Lebensabend verbringen können und dies auch dann, wenn es ihnen nicht mehr so gut geht. Die Bewohnenden halten sich den ganzen Tag im Gebäude auf, leben dort und sind oftmals in ihrer Mobilität sehr eingeschränkt und daher darauf angewiesen, dass ihr Umfeld dem Rechnung trägt. Ich bitte daher den Stadtrat, der GPK zu folgen und dem Rückweisungsantrag der Fraktion FDP nicht zuzustimmen. Ich möchte Ihnen auch danken für Ihren Beitrag dazu, dass dem Aufholbedarf für Sanierungen städtischer Gebäude begegnet werden kann. Es ist wichtig und ein Schwerpunkt des Gemeinderates, dass die Gebäude im Verwaltungsvermögen saniert werden. Vorliegend liegt ein weiteres solches Puzzlestück dazu vor, zu welchem sich der Stadtrat äussern kann.

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Le Conseil municipal partage le souci du Conseil de ville de ne pas avoir une stratégie. Il y a de l'impatience ce soir et je la partage, car je souhaiterais aussi avoir une vision claire sur les soins en général et sur les soins palliatifs. Nous en avons déjà parlé le mois passé et je ne souhaite pas revenir sur ce sujet. J'entends, que le Conseil de ville souhaite avoir plus de renseignements dans ce domaine. Je suis prêt à admettre, que le Conseil municipal n'a peut-être pas assez complété le dossier de construction avec les données du "Betrieb". Monsieur Freuler, je me demande si une partie du Conseil de ville n'est pas en train d'essayer de me convaincre, qu'une privatisation des EMS serait une bonne chose. Il est vrai que le doute existe. Je souhaiterais néanmoins essayer de vous expliquer car ce n'est pas facile et des fois plus on explique moins certaines personnes veulent comprendre. Mesdames et Messieurs les Conseillers et Conseillères de ville, je vous annonce une bonne nouvelle, l'EMS Chemin Redern fait du bénéfice. Monsieur le président du Conseil d'administration de l'EMS de Worben, n'est-ce pas, ce n'est pas le cas de tous les EMS dans cette région! Mesdames et Messieurs les experts et expertes en gestion des EMS, je vous signale que, jusqu'à

nouvel ordre, l'EMS Chemin Redern fait du bénéfice. Je vous annonce aussi, qu'il a un problème grave, qui est son infrastructure. Des personnes âgées de 80 ans doivent fumer dans la neige, dormir sous des fenêtres qui coulent, comme Madame Schwickert vient de l'expliquer. Des collaboratrices et collaborateurs doivent travailler dans le froid, il y a du bruit et des courants d'air durant toute la journée et j'évite de vous citer certains autres détails. Si toute l'explication n'a pas été reprise sur le "Betrieb" de l'EMS Chemin Redern, c'est parce qu'il fonctionne, actuellement, malgré un problème d'infrastructure. La gestion du Redern fait l'objet d'études et de travaux et le Conseil municipal est en train de réfléchir à l'évolution des EMS municipaux, mais ceci, vous le savez. Un nouvel EMS Cristal se construit pour 32 mio. fr. C'est la fondation pour les logements des personnes âgées qui construit cet EMS, qui permettra d'accueillir plus de pensionnaires. Il y aura une évolution dans la répartition des chambres entre les homes de la Ville. L'EMS Chemin Redern sera probablement concerné et cela pourra permettre de créer davantage de chambres simples, voire uniquement des chambres simples. Monsieur Kaufmann ne nous apprend rien lorsqu'il prétend que c'est un problème d'avoir des chambres uniques sur un seul étage, car les difficultés sont déjà connues pour les équipes de soins.

Je constate, que ce sujet vous intéresse, mais je constate aussi que le projet présenté ce soir concerne la rénovation d'infrastructures. Il est possible d'aménager cet EMS, tout en gardant la structure actuelle (116 lits) ou en réduisant le nombre de lits. Des calculs pour planifier la gestion de cet EMS sont réalisés pour qu'il soit, évidemment, rentable. Nous sommes en train, avec le Directeur de l'EMS Cristal, de développer des idées pour pouvoir gérer ou surmonter la difficulté d'avoir des chambres uniques dans ce home, tout en assurant la rentabilité. Il s'agit d'un défi, comme l'a dit Monsieur Kaufmann et nous sommes en train d'y réfléchir. La stratégie du Conseil municipal est que l'EMS Chemin Redern reste un home important de la Ville. Il joue un rôle important pour les EMS municipaux en général, mais il joue aussi un rôle très important pour le quartier de Boujean. Il est souhaitable d'avoir un home à Madretsch, un autre au Centre-ville et également un home dans l'Est de la Ville, qui est l'EMS Redern, car il est le plus grand. Je ne reviens pas sur la qualité du bâtiment. J'ai entendu, ce soir, que la situation du bâtiment est catastrophique et qu'il n'est absolument pas adapté pour un home. J'aimerais vous dire, que le Conseil municipal est l'héritier de structures peu adaptées. Le défi est de faire des investissements, pour que ces infrastructures peu adaptées puissent au moins fonctionner, aujourd'hui. Lorsque la réalisation sera faite, nous pourrons conserver le "Betrieb" actuel. Il est possible de modifier le projet, mais il faut que l'eau cesse d'entrer dans les chambres.

Le financement spécial, Madame Gurtner-Oesch, nous l'avons et il y se monte aujourd'hui à 11 mio. fr. La somme nécessaire pour la rénovation sera prise sur ce financement spécial, qui est nourri par l'ensemble des EMS municipaux. Je change votre casquette, qui était celle de membre de la CDG et je prends votre casquette de Verte Libérale, il n'y a pas plusieurs bâtiments, qui sont en très piteux état: l'EMS Schüsspark est un bâtiment récent et en assez bon état, l'EMS Cristal, qui sera flambant neuf l'année prochaine et le Conseil municipal souhaite assainir l'EMS Chemin Redern et ensuite l'EMS du Ried. L'EMS du Ried restera-t'il aux mains de la Ville, car dans ce cas l'infrastructure est problématique et bien plus que celle de l'EMS Chemin Redern? Cela me convainc encore plus, que le bâtiment du Chemin Redern est nécessaire pour la Ville. Nous pourrons donc assumer l'amortissement et le gérer de manière rentable. Je souhaite donc vous encourager, au nom de tous

ceux qui s'engagent chaque jour pour le suivi des personnes qui vivent au Redern, à suivre la CDG et les recommandations de Madame Schwickert.

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP:** Ich habe das Gefühl ebenfalls, dass je mehr ich erkläre, desto weniger man mich verstehen will... Es wurde nie gesagt, das APH Redernweg rentiere nicht. Derzeit rentiert das APH! Die Abschreibungen sind gering und zudem sind diverse Zimmer doppelt belegt mit insgesamt 111 Bewohnenden. Nach den Ausführungen bin ich etwas verwirrt, im Bericht steht nämlich *«Künftig wird es im Alters- und Pflegeheim Redernweg nur noch Einbettzimmer geben.»* Das macht mir Sorge, weil dies einen Wechsel in der Betriebsstruktur darstellt. Die Anzahl Bewohnende wird damit von 111 auf geschätzte 82 zurückgehen. Dennoch steht im Bericht klar, dass das APH nur noch Einbettzimmer haben wird. Lesen Sie unseren Rückweisungsantrag, so ersehen Sie daraus, dass wir genau das wissen wollen, nämlich wie soll das APH Redernweg betrieben werden, wenn es nur noch Einzelzimmer haben wird? Wie sieht die diesbezügliche Kostenstellenrechnung aus? Erst danach ist doch eine Aussage möglich, ob das APH auch weiterhin noch rentiert. Tatsache ist, dass die Investition von CHF 9 Mio. dann abgeschrieben werden muss und dass zudem weniger Infrastrukturkostenbeiträge bei gleichzeitig höheren Personalkosten anfallen. Das APH wird nicht mehr kostendeckend zu betreiben sein und dies hat nichts damit zu tun, ob die Mitarbeitenden gut oder schlecht arbeiten, sondern einzig und allein mit der neuen Betriebsstruktur. Ich schlage deshalb vor besser noch einmal mit dem Entscheid zuzuwarten, ob wirklich nur noch Einzimmer betrieben werden sollen um vorgängig abzuklären, ob solche auch rentabel betrieben werden können.

### **Ordnungsantrag**

**Grupp Christoph, Grüne:** Meiner Ansicht nach sind die Meinungen im Stadtrat gemacht. Sollte der Rückweisungsantrag nicht angenommen werden, können diese Fragen auch nach dem Entscheid über die Rückweisung noch diskutiert werden, andernfalls in einem halben oder ganzen Jahr. **Ich stelle daher den Ordnungsantrag, jetzt über den Rückweisungsantrag abzustimmen und nachher die Pause vorzusehen.**

**Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.**

### **Abstimmung**

- über den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP

**Der Antrag wird abgelehnt.**



**166. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170316  
Peter Bohnenblust, FDP, Sandra Schneider, SVP «Unverständliches an der  
Bermenstrasse»**

**Bohnenblust Peter, FDP:** Die Bauzeit ist um mehr als die Hälfte überschritten. Die vorgesehenen flankierenden Massnahmen sind nicht ausgewiesen. Ausserdem fanden bis anhin keine Anhörungen der Betroffenen statt. Aus diesen Gründen stellen sich Fragen zum Vorgehen der Auftragnehmer an der Bermenstrasse. Die Dringlichkeit ist deshalb gegeben, weil dort nächstens etwas passieren muss.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**167. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20170315 GPK «Konzept für  
das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur»**

**Gurtner-Oesch Sandra, GPK:** Über die Notwendigkeit eines Konzeptes für die Alters- und Pflegeinfrastrukturen wurde bereits diskutiert. Eine weitere Begründung zur Dringlichkeit ist daher nicht mehr notwendig.

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Je me permets d'intervenir avant le vote sur l'interventions urgente de la Commission de gestion. Le Conseil municipal ne conteste pas l'utilité ou la nécessité du postulat urgent, mais je voudrais juste vous préciser pour être transparent et honnête, que cette intervention urgente oblige une réponse dans les deux mois de la part du Conseil municipal. Il est donc très probable, que le Conseil municipal accepte ce postulat et donne une réponse très courte et sans contenu relevant. Or, sans l'urgence le Conseil municipal a un délai de réponse de six mois, qui lui permettra d'apporter une réponse plus détaillée et motivée.

**Gurtner-Oesch Sandra, GPK:** Der Gemeinderat hat zwei Monate Zeit über das dringliche Postulat zu urteilen. Anschliessend bleiben zwei Jahre für einen Bericht. Selbstverständlich ist es wünschenswert, wenn in der Beantwortung des Postulats bereits Fleisch am Knochen wäre. Im Bericht ist aber auch erwähnt, dass die Grundlagen der Strategie seit 2016 erarbeitet werden... Die GPK hält daher an der Dringlichkeit fest.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wie beschlossen, machen wir nun eine Stunde Pause. Bitte beachten Sie, dass aufgrund der zahlreichen hängigen Traktanden die nächste Sitzung des Stadtrats am 15. und 16. November 2017 als Doppelsitzung durchgeführt wird.

**Sitzungsunterbruch 20.10. Uhr - 21.20 Uhr**

**165. 20170242 Alters- und Pflegeheim Redernweg / Teilsanierung und Erweiterung / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung)**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir stimmen jetzt über den Beschlussentwurf Ziffer I ab. Über die Botschaft diskutieren wir am Schluss der Sitzung. Wird das Wort noch verlangt? Das ist nicht der Fall.

**Abstimmungen**

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. August 2017 und auf Grund von Art. 39 Ziff. 1, lit. c der Stadtordnung, **beschliesst**, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- I. Den Stimmberechtigten wird die Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschlussentwurf empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel **beschliesst**, gestützt auf Artikel 11 Absatz 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 19. Oktober 2017:

1. Das Bauprojekt Teilsanierung und Erweiterung Alters- und Pflegeheim Redernweg wird genehmigt und dafür einen Verpflichtungskredit von CHF 8'850'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

**168. Dringliches Postulat 20170127, Reto Gugger und Christian Löffel, Fraktion EVP/BDP, "Monatsmarkt zurück in die Nidaugasse" und**

**169. Dringliches Postulat 20170200, Myriam Roth, Fraktion Grüne, "Die Märkte ins Zentrum zurückverlegen"**

(Texte der Postulate und Antworten des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1 und Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, die Postulate erheblich zu erklären.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** An der gestrigen Sitzung wurde beschlossen, beide Geschäfte zusammen zu behandeln.

**Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP:** Die aktuelle Situation der Märkte ist vor allem für die Marktfahrer unbefriedigend. Ich bitte den Gemeinderat deshalb, den Monatsmarkt

wieder zurück am Standort in der Nidaugasse zu lassen. Die Antwort des Gemeinderates auf das Postulat befriedigt mich nicht. Ich habe nicht damit gerechnet, dass der Gemeinderat im Schlusssatz trotzdem die Erheblicherklärung des Postulats empfiehlt. Ich bin grundsätzlich damit einverstanden, dass das Anliegen geprüft wird und warte auf den Schlussbericht. Ich bin gespannt auf die Ausführungen von Herrn Gemeinderat Feurer zu den in der Zwischenzeit mit dem Nidaugassleist und den Betreibern des Monatsmarktes unternommenen Massnahmen. Ich hoffe, dass wir bald eine gute Lösung finden. Wenn der Markt tot ist, kann er nicht mehr zum Leben erweckt werden, er muss reanimiert werden, solange sein Herz noch schlägt!

**Roth Myriam, au nom du Les Verts:** Je rejoins l'avis de Monsieur Gugger, les deux postulats se rejoignent et souhaitent que ces stands soient remis au Centre-Ville. Il reste à savoir quelle solution est la meilleure. J'aimerais savoir, si une réflexion a déjà été et quel est le délai de réponse.

**Hamdaoui Mohamed, PSR:** Quand quelqu'un est en train de se noyer, il faut en principe lui lancer une bouée et non se contenter de lui dire qu'on repassera voir dans quelle situation il se trouve dans quinze minutes! Malheureusement, les forains sont confrontés à cette situation tragique et ont été relégués sur la place du Marché-Neuf, qui n'est pas très belle et accueillante. Vous partagez sûrement mon avis. Sans refaire un historique, il est vrai que lorsque les forains étaient à la rue de Nidau, il y a eu des abus et des non-respects du règlement. La situation actuelle ne reste néanmoins pas acceptable et des solutions sont proposées dans les deux postulats présentés. Le postulat de Monsieur Gugger est, à mon avis, un peu minimaliste, car il parle uniquement du marché mensuel et de la rue de Nidau. Le postulat de Madame Roth, quant à lui, est plus souple, car il parle des marchés hebdomadaires et il laisse ouverte la possibilité qu'ils puissent retourner, enfin, dans la zone commerçante et piétonne, comme par exemple à la rue de Nidau, à la rue du Marché, à la rue de la Flore, au début de la rue Dufour ou encore à la rue Sessler devant la devanture d'un célèbre restaurant. Il faut toutefois retrouver une situation qui soit digne pour ces personnes. Je sais bien, que ce dossier n'est pas le plus important de la législature. Le budget ou AGGLOlac sont des dossiers bien plus importants, mais rendez-vous compte qu'au moins trois pétitions ont été déposées sur cette problématique. Cela montre, qu'il y a véritablement de la part de la population un certain ressentiment sur ce qui se passe réellement. Lorsque Madame Schneider et moi-même, couple des plus improbables en politique, sommes allés récolter des signatures un samedi matin dans la rue, cela a étonné, en premier lieu, les gens et ensuite cela les a ravis. D'une part, car ils trouvaient notre objectif beau et d'autre part, il nous a été dit que cela était incroyable de voir deux personnalités politiques, si opposées, travailler ensemble. Aujourd'hui, il ne s'agit pas uniquement d'adopter ces postulats, il s'agit d'entendre, de la part du Conseil municipal, une réponse claire et précise. Le Conseil municipal doit lancer une bouée à des personnes, dont le seul tort est d'aimer leur profession!

**Tanner Anna, SP:** Dieses Thema wurde heftig in den Medien und der Öffentlichkeit diskutiert. Die entgegengesetzten Meinungen ergeben einen Nutzungskonflikt im öffentlichen Raum. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Gemeinderat, der dabei ist, eine Lösung zu suchen unter Einbezug möglichst aller Beteiligten. Ich möchte mich noch bedanken für die kleine Gabe feiner Marktspezialitäten. Es wäre jedoch angebracht, nicht nur diejenigen anzuhören, die am Besten ihre Meinung vertreten können sondern jeden Betroffenen einzubeziehen.

**Francescutto Luca, UDC:** Ce qui me fait plaisir, dans cette affaire, c'est que peut être une fois la gauche et la droite seront du même avis. Au Centre-ville et plus précisément à la rue de Nidau, il est impossible de rester indifférent à la multitude de locaux vides. Les magasins se ferment et il faudrait se demander pourquoi. Est-ce dû à un manque de places de stationnement? Malgré les nombreux parkings, il y a toujours des personnes qui aimeraient pouvoir stationner directement devant les magasins. Les places de stationnements sont-elles trop chères, les prix des transports publics sont trop élevés ou est-ce dû à un manque de dynamisme? Je crois que c'est un manque de dynamisme et les vendeurs ambulants égayaient le Centre-ville, deux fois par semaine. Au lieu de les inciter à se développer, la Ville a préféré les mettre à l'écart, ceci pour des brouilles. Il est temps d'agir et de les laisser regagner leur place au plus vite. Ces simagrées ont trop duré. Redonnons une image attractive au Centre-ville et soyons plus tolérants. Certes ces marchands ne sont pas tous issus d'une grande enseigne et leurs marchandises ne sont pas toujours de la haute qualité ou de la grande gastronomie, mais ces marchands sont présents toutes les semaines, par n'importe quel temps. Vous pouvez demander à Pierrot (un marchand), il est toujours présent. Il a précisé, dans les colonnes du BIEL BIENNE, qu'il n'a jamais eu de problèmes avec les marchands de la rue du Nidau. C'est bien possible, comme l'a dit Monsieur Hamdaoui, que certains marchands ont quelque peu abusé des places de stationnement, mais dans ce cas, la Police cantonale peut agir. Certains stands n'étaient peut-être pas très conformes, mais il s'agit de personnes qui ne gagnent forcément pas bien leur vie et qui font les marchés deux fois par semaine pour arrondir leur fin de mois. Ces personnes égayaient le Centre-ville, car en ce moment il est triste. Je vous demande donc et surtout au Conseil municipal de trancher et de permettre à ces marchands de retourner au Centre-ville, au plus vite. Pas dans deux ans, car cela sera trop tard et ils seront peut-être au chômage ou au Service social.

**Stocker Julien, GLP:** Diesen Sommer haben wir gesehen, dass der Wochen- und Monatsmarkt am neuen Standort nicht funktioniert. Eigentlich war dies absehbar, denn um den Neumarktplatz aufzuwerten braucht es mehr als einen "Märit". Der Postulant hat den Gemeinderat aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten. Ich hoffe, dass der Gemeinderat diese schnell findet, weil schlussendlich die Märkte aussterben werden, wenn sich die Stände nicht mehr lohnen. Wenn solche Wochen- und Monatsmärkte wirklich erwünscht sind, muss für diese eine dazu geeignete, attraktive Lage vorgesehen werden. Die aktuelle Situation ist den Marktfahrenden gegenüber nicht fair. Falls das städtische Marktreglement tatsächlich verletzt wird, sollten die betroffenen Händler zur Verantwortung gezogen und nicht eine Kollektivstrafe gegen den Markt verhängt werden. Warenverkauf direkt aus Kartonschachteln, unansehnliche Partyzelte, Verkauf von Waren ab Motorfahrzeugen, Missachtung des in der Nidaugasse geltenden Fahrverbotes können mit Bussen unter Kontrolle gebracht werden. Ich habe jedoch manchmal das Gefühl, dass sich die Stadtverwaltung davor scheut.

**Schneider Sandra, SVP:** Herr Hamdaoui hat bereits darüber gesprochen. Diesen Sommer ist passiert, was sich niemand vorstellen konnte: Vertreter der SP und SVP haben zusammengefunden und eine Petition gestartet, damit der Markt wieder zurück ins Zentrum kommt. Innerhalb von ungefähr drei Wochen wurden um die tausend Unterschriften gesammelt. Die Bevölkerung hat klar ein Zeichen gesetzt. Sie möchte, dass der Markt wieder zurück in das Zentrum kommt. Ich bin der Ansicht, dass der

Markt jetzt ein Zeichen des Stadtrats verdient hat und bitte Sie, die beiden Postulate erheblich zu erklären.

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Ich denke, wir sind uns mehr oder weniger einig. Der Gemeinderat vertritt von Anfang an die Auffassung, dass es sich hier um einen Versuch handelt. Je nach Entwicklung des neuen Standorts sind weitere Schritte zu evaluieren, beziehungsweise sind mit allen Betroffenen neue Wege zu suchen. Es haben bereits zwei Besprechungen samt Auslegeordnungen und ersten Hinweisen mit allen Beteiligten stattgefunden. Wenn möglich soll eine einheitliche Lösung gefunden werden, die für alle passt. Für erfolgreiche Gespräche ist es wichtig, dass eine gewisse Vertraulichkeit gewahrt bleibt, was leider nicht immer der Fall war. Dadurch war es nicht ganz einfach, schnell und erfolgreich vorwärts zu machen. Nichtsdestotrotz, der Gemeinderat und die Direktion Soziales und Sicherheit stehen hinter diesem Weg und wir setzen alles daran, diesen Prozess voranzutreiben. Allerdings sind die Direktbetroffenen auch selber in der Verantwortung an einem Konzept mitzuwirken und Ideen zu entwickeln zur Durchführung eines erfolgreichen Marktes der für alle stimmt.

**Hamdaoui Mohamed, PSR:** Je suis resté sur ma faim avec cette réponse. Je souhaiterais vraiment, Monsieur Feurer, que vous disiez au Conseil de ville, si vous voulez trouver une solution pour ces personnes et leur communiquer leur retour dans la zone commerciale? Si oui, quand?

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Wie bereits erwähnt, ist der Gemeinderat dabei eine Lösung mit allen Beteiligten zu erarbeiten. Leider kann ich das Resultat nicht vorwegnehmen. Ebenso offen ist der zeitliche Horizont. Ich gehe davon aus, dass wir entweder noch in diesem Jahr oder spätestens zu Anfang des nächsten Jahres soweit sein werden.

**Beide Anträge des Gemeinderats werden vom Stadtrat nicht bestritten.**

**170. Dringliches überparteiliches Postulat 20170125, Daniel Suter, PRR, Christian Löffel, EVP, Cécile Wendling, FDP, "Garderoben für die Sportanlagen im Mettmoos"**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären

**Suter Daniel, PRR:** La situation des vestiaires du Marais de Mâche est insatisfaisante et son évolution future reste incertaine. Nous étions pourtant optimistes et bienveillants, lorsqu'en 2010 le Conseil de ville a approuvé un crédit d'étude de 360'000 fr. demandé dans l'urgence, vu la vétusté des installations. Il est a rappelé, que ce projet avait été trouvé fort ambitieux. Finalement, il n'a pas été réalisé et ceci pour une question de coûts, mais 450'000 fr. ont été dépensés et en plus des heures perdues par l'Administration pour rien. Selon un article de presse datant de mai 2017, la Directrice des travaux publics a elle-même qualifié l'affaire comme un "Geknorze", mot intraduisible en français, sinon par "scandale". Ce postulat a été

déposé suite à un autre article de presse datant d'avril 2017, qui nous apprenait que le problème des vestiaires subsistait. J'ai pris contact avec le président des "SHC Biel-Bienne Seelanders" afin de connaître leur besoin en locaux. La réponse a été immédiate et claire. J'ai donc pris contact avec un architecte pour estimer les coûts de la réalisation de ces travaux. Ils se montent à 900'000 fr., y compris le chauffage et les raccordements, mais cela hors assainissement du site pollué. Selon cet architecte, une construction légère demanderait une excavation d'environ 80 cm, mais il existerait aussi une nouvelle technique de construction permettant d'éviter toute excavation. À priori, les coûts de l'assainissement du site devraient donc rester limités. En discutant avec le président des "SHC Biel-Bienne Seelanders", j'ai appris que les membres du club étaient prêts à s'investir eux-mêmes pour couvrir la piste existante d'un toit. Des installations semblables existent ailleurs en Suisse. Cela aurait pu être aussi simple que cela! Une installation comparable à celle existante au Champ-du-Moulin, où quelques simples cabanons rendent de bons et loyaux services à deux clubs de football, avec de nombreuses équipes, depuis environ 50 ans. Cette simplicité ne convient malheureusement pas au Conseil municipal. Nous sommes à Bienne, on continuera d'étudier et de planifier et on ne lésinera pas sur les moyens! La Ville de Bienne est riche! Une nouvelle halle d'inlinehockey, avec une piste extérieure, devrait être construite aux Champs de Boujean. Cette condition est nécessaire pour l'organisation de tournoi internationaux. À l'appui de ce projet, le Conseil municipal invoque des problèmes de voisinage au Marais de Mâche, alors que la place de sport existait à cet endroit bien avant les maisons d'habitation. Celles-ci pourraient certainement être protégées du bruit du jeu par la bonne configuration entre la piste inline et les maisons d'habitations. D'ailleurs et surtout avec ou sans inlinehockey, il faudra de toute façon une infrastructure adéquate à cet endroit puisque, jusqu'à nouvel avis, le club de football américain "Biennajet" y pratique son sport. D'ailleurs, un nouveau club de rugby se serait installé pour s'y entraîner également. Le prix d'une nouvelle halle d'inline, avec une piste extérieure, n'est pas connu. Selon la planification financière, que nous venons d'examiner, une réserve financière de 4 moi. fr. a été mise en priorité 3. Les utilisateurs de ces installations seront-ils en mesure de payer le loyer pour un tel investissement? J'ai du respect pour l'immense succès des "SHC Biel-Bienne Seelanders" mais le inlinehockey est plutôt un sport marginal.

À l'investissement envisagé pour de nouvelles installations d'inline, il faudra ajouter celles qui seront de toute façon nécessaires au Marais de Mâche. Ceci permettra de comparer les coûts totaux de la stratégie envisagée par le Conseil municipal, par rapport à la solution la plus simple possible, qui reste l'assainissement de l'installation existante. Cette solution pourrait être finalement proposée par le Conseil municipal. Le programme de locaux demandé par les intervenants pour l'installation sportive au Marais de Mâche est d'ores et déjà dépassé, mais la construction de vestiaires au Marais de Mâche demeure une nécessité. Indépendamment des propositions que le Conseil municipal pourrait encore faire en matière d'équipement de sport, il faudra aussi investir au Marais de Mâche, car c'est urgent. La forme non contraignante du postulat permet au Conseil municipal de présenter un programme de locaux différent. Vu qu'il est envisagé de construire de nouvelles installations aux Champs-de-Boujean, le problème n'est pas résolu. Je vous prie, par conséquent et contrairement à la proposition du Conseil municipal d'adopter ce postulat.

**Wachter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Je rejoins entièrement ce qui vient d'être dit et j'ajoute également, que connaissant quelques personnes pratiquant ces sports et devant utiliser ces installations, je pense que ces personnes méritent plus de respect de la part du Conseil municipal pour le sport qu'ils pratiquent. Il leur a été souvent promis pleins de choses, mais comme "Soeur Anne" elles n'ont jamais rien vu venir! Le but du Groupe UDC/Les Confédérés est aussi de faire en sorte que ce postulat soit adopté, afin de maintenir une certaine pression sur le Conseil municipal pour qu'enfin, un jour, quelque chose soit réalisée. Je sais aussi qu'il y a des tractations en cours mais je sais aussi, de source sûre, que ces clubs ont proposé à la Ville de participer financièrement à un aménagement de leurs espaces sportifs et que, sauf erreur, la réponse était négative. Je peux me tromper et je laisserai le Conseil municipal répondre. Je vous remercie donc d'adopter ce postulat.

**Koller Levin, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO ist mit dem Gemeinderat einverstanden. Es ist nicht sinnvoll, das Projekt weiterzuverfolgen wenn für die Inlinehockey-Anlage ein neuer Standort gefunden werden muss. Der Vorstoss ist deshalb überholt. Für die Rugby- und American-Football-Teams wird der Gemeinderat eine angepasste Lösung finden müssen. Eine solche ist anscheinend bereits angedacht. Die Fraktion SP/JUSO wird deshalb dem Gemeinderat folgen und das Postulat nicht unterstützen.

**Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe PSR:** De notre point de vue, le postulat est déjà dépassé car au vu de la situation au Marais de Mâche, il est impossible de construire des infrastructures sportives, vu la situation très difficile du sous-sol, qui ne permet pas de construction en dur. Le Groupe PSR se réjouit de lire qu'enfin les deux clubs d'inlinehockey auront bientôt des infrastructures dignes des ligues où ils jouent. Le déménagement aura aussi des effets positifs sur le voisinage. En ce qui concerne les autres clubs et les autres utilisateurs, les infrastructures souhaitées dans le postulat sont surévaluées, au vu des besoins des clubs. Des containers devraient pouvoir répondre aux besoins. Il n'y a pas nécessité de construire du dur, mais une chose est sûre, il faut avancer car il n'est plus possible de laisser ces clubs dans de telles conditions. Les réponses du Conseil municipal nous rassurent à ce sujet et le Groupe PSR ne soutiendra pas le postulat.

**Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** In Ergänzung zur Antwort des Gemeinderats vom Juni möchte ich ein kurzes Update abgeben. Rückblickend auf den Sommer war der Entscheid des Gemeinderates, dieses Projekt aus dem Jahr 2010 abzuschliessen, richtig. Die Bedingungen an diesem Standort sind sehr schwierig, dazu gehören die unterschiedlichen Bedürfnisse der Nutzenden und unter anderem die Nachbarschaft, der Untergrund und so weiter. Der Gemeinderat rechnet deshalb den Kredit ab und nimmt einen Richtungswechsel vor. Er hat die Situation mit den verschiedenen Vereinen und der Schule analysiert und ist zum Schluss gekommen, dass die Bedürfnisse ziemlich unterschiedlich sind. Wie Herr Suter bereits ausgeführt hat, wird der Inlinehockey-Club an einen neuen Standort zu liegen kommen, da eine geschlossene Halle benötigt wird. Aufgrund der vorhandenen Bodenkontamination ist ein Umbau der Garderoben im Mettmoos aus Kostengründen nicht möglich. Es wurde aber ein Alternativstandort gefunden und mit den Beteiligten wird über die Bedürfnisse und die Trägerschaft gesprochen. Verschiedene Angebote zur finanziellen Unterstützung des Clubs liegen vor und werden im Moment diskutiert. Die Sportanlagen Mettmoos werden von den Bienna

Jets-Rugby sowie der Schule weiterhin genutzt. Eine minimale Lösung mit Garderobengebäude und Rückbau wird im Moment unter Federführung der Direktion Bau, Energie und Umwelt durchgeführt. Der Gemeinderat sieht vor, über die Mettmoos-Anlage im 2. Quartal des nächsten Jahres im Stadtrat zu befinden. Geplant ist ein Garderobengebäude mit Dusche, Toiletten und Lagerraum.

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Je crois que Madame Schwickert a oublié de dire, si je ne m'abuse, que des toilettes publiques sont également prévu dans le projet au Marais de Mâche, ce qui va apporter un plus à ce projet. Je souhaite donner encore une précision sur les clubs, qui à mon avis est importante. Une excellente collaboration règne entre les clubs qui vont rester au Marais de Mâche et cela fonctionne très bien. La collaboration avec les deux clubs d'inlinehockey pour le projet de la halle est aussi très bonne, comme vient de l'expliquer Madame Schwickert. Je ne sais pas, d'où vous avez cette information, que la collaboration au niveau du financement ne fonctionne pas, car c'est clairement le contraire qui se passe. Cela fait plaisir de constater, que les clubs sont prêts à s'engager, mais surtout qu'ils ont prêté à assumer une contribution financière. Les signaux sont vraiment bons et je me réjouis de pouvoir avancer sur ce dossier.

**Suter Daniel, PRR:** J'entends vos promesses, mais le postulat souhaite des vestiaires pour les installations sportives au Marais de Mâche. Donc, je ne parle pas d'inlinehockey. Le postulat, je le répète, demande des vestiaires pour les installations existantes. Il est vrai qu'il y a six mois, il s'agissait encore du inlinehockey, mais plus maintenant. J'entends que quelque chose est en cours de planification et je fais confiance à Madame Schwickert, mais c'est insatisfaisant pour les intervenants, de voir une intervention balayer sur une promesse. Un projet de vestiaires pour le Marais de Mâche est souhaité et ce qui est prévu aux Champs-de-Boujean n'est pas la solution. **Je demande donc de ne pas radier du rôle ce postulat.**

**Ogi Pierre, PSR:** J'ai bien entendu parler de toilettes et cela m'interpelle, car mardi je suis allé avec mes petites-filles au Marais de Mâche et je dois humblement avouer, qu'elles refusent d'utiliser ces toilettes. Elles préfèrent faire leurs besoins dehors, comme les autres enfants qui étaient sur place! J'ai donc bien entendu que des toilettes vont être réalisées, mais faudra-t'il payer 1 fr., comme au Parc de la Ville. À ce moment, les enfants se rendront derrière les toilettes, car il ne faut pas se leurrer, personne ne paie 1 fr. pour aller aux toilettes! Alors, il serait grand temps que le Conseil municipal intervienne à ce sujet.

**Widmer Patrick, UDC:** Je suis membre de ce club d'inlinehockey et depuis tout petit, j'ai pratiqué ce sport ainsi que mes enfants. Je crois que ces promesses font plaisir à entendre, car le sport a changé et des halles sont nécessaires. Mais, il ne faut pas oublier, que c'est sûrement le seul club de la Ville de Bienne, qui a une aura autre que régionale. Plusieurs fois champion suisse et champion d'Europe. Il existe deux clubs à Bienne et lundi une séance est organisée, pour créer un mouvement junior commun, pour pouvoir aller de l'avant dans le projet de la halle. On est sur le bon chemin et ce n'est pas pour autant que l'on doit tout repousser indéfiniment. Vu les finances de la Ville, il n'y aura rien qui va bouger avant trois ans, alors créons ces vestiaires pour tous les clubs sportifs du Marais de Mâche, y compris les toilettes qui, Monsieur Ogi j'espère, seront mieux que celles existantes. J'espère qu'une solution transitoire soit trouvée en attendant de déménager dans cette halle.



**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Le Conseil municipal travaille déjà sur la création des vestiaires au Marais de Mâche et ils seront installés de suite. Non, cela ne va pas se faire dans dix ans, comme vous le pensez. La halle des Champs-de-Boujean va se construire parallèlement. Donc, il n'y aura pas de report sans fin!

### **Abstimmung**

- über den Antrag der Postulanten, das Postulat 20170125 erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben.

**Der Antrag der Postulanten wird angenommen.**

### **171. Dringliches überparteiliches Postulat 20170126, Fritz Freuler. Fraktion Grüne, Miro Meyer, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Judith Schmid PdA, Ruth Tennenbaum, PAS, "Ein «Arthur-Villard-Platz» oder eine «Arthur-Villard-Strasse» für den Bieler Friedenskämpfer"**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

**Freuler Fritz, Fraktion Grüne:** Die Postulanten bedanken sich beim Gemeinderat für die beantragte Erheblicherklärung, allerdings wird dem Anliegen wenig Priorität beigemessen. Ich möchte deshalb kurz ausführen, warum die Postulanten der Meinung sind, dass noch in diesem Jahr eine Strasse oder ein Platz nach Arthur Villard benannt werden soll. Arthur Villard war für die Stadt Biel eine einzigartige Persönlichkeit. Seine Ämter als Stadtrat, Grossrat und Nationalrat zeugen davon. Es gibt nicht viele Bielerinnen und Bieler, die jedes dieser Ämter innegehabt haben. In allen erwähnten Räten hat sich Arthur Villard für die Stadt Biel eingesetzt. Sein Engagement ist um so bemerkenswerter, als er es meistens aus einer Minderheitsposition vertreten hat. Er hat nicht primär die Mächtigen aus Wirtschaft und Politik unterstützt sondern auf Veränderungen und mehr Gerechtigkeit hingearbeitet. Oft hat ihm die Stimmbevölkerung den Rücken gestärkt. Zu denken ist zum Beispiel an die Abstimmung zum Zivildienst oder zum Volkshaus in Biel. Am Herausragendsten war schliesslich Arthur Villards Beitrag für die Friedensbewegung. Kriege sind neben Hungersnöten und Epidemien das Schlimmste, was einem widerfahren kann. Arthur Villard ist zu Zeiten des Kalten Krieges in ganz Europa herumgereist und hatte die Mission, Konflikte nicht eskalieren zu lassen. Er hatte leitende Funktionen in der schweizerischen Friedensbewegung, dem schweizerischen Friedensrat, im Schweizer Zweig der internationalen Kriegsdienstgegner, in der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz der sechziger Jahre, in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz sowie in weiteren Organisationen und Bewegungen. Er ist couragiert gegen die Diktaturen in Spanien und Griechenland aufgetreten, wie zuvor schon gegen den Faschismus und Nationalsozialismus in Europa. Arthur Villard hat die meiste Zeit seines Lebens in Biel verbracht. In diese Stadt hat er sich auch als grossartiger Pädagoge besonders verdient gemacht. Dieser

Mann verdient es, dass wir uns an sein Wirken und seine Vision einer Welt ohne Kriege gerade in der heutigen Zeit erinnern. Dieses Jahr, diesen Monat wäre Arthur Villard hundert Jahre alt geworden. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt als dieses Anliegen des Postulats umzusetzen. Stellvertretend für die Postulanten, ersuche ich den Gemeinderat, eine Arthur-Villard-Strasse oder einen Arthur-Villard-Platz zu bezeichnen und dies am 28. Oktober anlässlich der Gedenkfeier in der Stadtbibliothek bekannt zu geben.

**Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO:** *"Zu gegebener Zeit"* einen Ort nach Arthur Villard zu benennen, wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme schreibt ist heute! In Zeiten, wo auf der ganzen Welt mit den Säbeln gerasselt wird, wo Nationalismus und Militarismus auf dem Vormarsch sind, ist ein Platz für den Friedenskämpfer Arthur Villard dringender denn je. Auch der Zivildienst, der unter anderem dem Engagement von Militärdienstverweigerern wie Arthur Villard zu verdanken ist, gilt heute als bedroht. Nach dem Nationalrat sollen zum Beispiel Militärdienstleistende, die noch 77 Tage Dienst zu leisten hätten und zum Zivildienst wechseln wollen, künftig 252 Tage Zivildienst leisten müssen (gegenüber 116 Tagen heute.) Mit dem Argument, dass es in Biel eigentlich an Frauen wäre, nach denen Strassen und Plätze benannt werden sollten, bin ich grundsätzlich einverstanden. Ich fürchte jedoch, dass plötzlich wieder ein anderer Mann als Arthur Villard begünstigt wird.

**Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Le Groupe UDC/Les Confédérés a écouté toutes les présentations de la gauche. Il ne peut pas soutenir une personne, qui s'est mise contre le système suisse, qui a combattu l'armée et qui a passé du temps en prison. S'il avait vécu aujourd'hui, je pense qu'il serait à la Reithalle! Je ne vois pas pourquoi il faut soutenir une telle personne et je propose de nommer une place "Adrian Dillier", par exemple...

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Ich danke dem Gemeinderat, der das Postulat erheblich erklären will. Allerdings enttäuschen mich die Bedenken, eine bestehende Strasse umzubenennen. Mir leuchtet nicht ein, warum eine Bezeichnung, die nicht sehr vielsagend ist nicht mit dem Namen von Arthur Villard ersetzt werden könnte. Ich weise darauf hin, dass am Samstag, 28. Oktober mit Beginn um 17.00 Uhr in der Stadtbibliothek eine Gedenkveranstaltung stattfindet. Es wäre schön, wenn der Gemeinderat und Sie alle kommen würden.

**Cadetg Leonhard, FDP:** Arthur Villard war eine bemerkenswerte Persönlichkeit. Es lohnt sich aber, bei den Fakten zu bleiben und nicht heutige nationale und internationale Begebenheiten mit den Ereignissen zu vergleichen, für die er damals eingetreten war. Der Fraktion SVP möchte ich sagen, dass Arthur Villard für die Beendigung des Atomprogramms der fünfziger und sechziger Jahre mitverantwortlich war. Ein Irrtum war das Programm schon allein aus wirtschaftlichen Gründen. Ein ganz grosser Fehler sind jedoch die unmenschlichen Atomwaffen. Ich war nicht immer seiner Meinung und finde, dass der Staat das Gewaltmonopol haben sollte. Ein wichtiger Beitrag, der uns Arthur Villard aber gelehrt hat, war die Achtung gegenüber anderen Argumenten und den Respekt vor dem Leben. Arthur Villard war unter Protest aus dem Nationalrat zurückgetreten. Einerseits wurde er in einer Kampagne verleumdet. Andererseits und viel wichtiger aber war, dass seine eigenen Leute das Volkshaus verkaufen wollten, was er als Verrat empfand. Später sagte er zu einem Nationalratskollegen, der ebenfalls unter Protest zurückgetreten war, er

verstehe diesen Schritt, jedoch sollte man bleiben und weiter kämpfen. Denken wir dabei an Italien wo die Sozialisten zur Zeit Mussolinis das Parlament verlassen haben ohne weiter zu diskutieren. Arthur Villard hat uns gelehrt zu bleiben und miteinander zu sprechen. Ich finde die Idee für einen Arthur-Villard-Platz sehr gut und empfehle dem Gemeinderat, so rasch als möglich einen Platz so zu benennen.

**Ogi Pierre, PSR:** Il n'y a plus grand chose à dire de plus. Monsieur Cadetg s'est bien la première fois que vous m'étonnez en bien! C'est extraordinaire, vous avez les mots, la culture, les paroles pour parler de cela. Personnellement, je n'ai que quelques petites connaissances d'Arthur Villard quand on le retrouvait au Saint-Gervais et qu'il avait une cour autour de lui. Puis, les personnes privilégiées pouvaient aller chez lui manger les spaghettis. Cet homme était quelqu'un d'extraordinaire. Je l'ai connu autrement lorsque j'étais employé de la Ville en 1976 et lui au Conseil municipal non permanent. En tant que syndicalistes, nous savions que nous avions un ami au Conseil municipal et cela était extraordinaire d'avoir un soutien au mouvement syndical, car il avait vécu cette crise terrible durant six ans: il n'avait pas de travail car il était socialiste. Rendez-vous compte, si vous étiez radical ou UDC et que vous n'aviez pas de travail à cause de vos idées! Je me rappelle des conditions de travail de cette époque, car quand je suis arrivé en Suisse, en 1961, je travaillais 46 heures, alors qu'en France on travaillait seulement 4 heures. J'ai vécu une partie de cette vie avec uniquement quinze jours de vacances et je n'avais que quinze ans! Arthur Villard lui combattait pour que les ouvriers aient plus de vacances et qu'ils soient reconnus. Comme l'a dit Monsieur Widmer, ce personnage était contre le service militaire, mais il a fait 1100 jours de services militaires, qui ont été balayés par 10 jours de prison, car il refusait de faire le "pas de l'oie", en 1937. Il devrait recevoir une médaille pour cela. Je reconnais, que si une place à Arthur Villard est désignée, il n'y aura pas assez de places pour les femmes à Bienne et aussi pour les hommes. Par contre, pour les milliardaires il y en a sans problème, mais pour les "petites-mains" ce n'est pas possible! Je trouve, qu'Arthur Villard les représente très bien.

**Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR:** Le Groupe PRR recommande de suivre la proposition du Conseil municipal. Arthur Villard est certainement une personnalité à honorer, ceci dit, le terme de «combattant de la paix» nous semble un poil capillotracté, tant il contient presque une contradiction dans les termes. En fait, je profite de l'occasion de venir à la tribune principalement en tant que Président du Conseil de fondation de la Bibliothèque de la Ville, afin d'annoncer que notre institution organise une soirée de commémoration à l'occasion du centenaire de la naissance d'Arthur Villard, samedi 28 octobre prochain, à 17h. Le programme et les intervenants sont passionnants et je vous invite vivement à y participer.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Ich stelle eine Frage an Herrn Widmer. Votre remarque, s'il vivait encore aujourd'hui Monsieur Arthur Villard serait à la Reithalle: Ist das negativ gemeint oder positiv? (*Gelächter*)

**Sutter Andreas, BVP:** Arthur Villard war auch mir ein Vorbild. Er war einer der ersten Stadtratsmitglieder, die mich beeindruckt haben als ich als junger Fotograf an den Stadtratssitzungen arbeitete. Seine Porträtaufnahmen mit seiner dicken, schwarz wirkenden Brille waren eindrücklich. Er lehrte mich aber vor allem, wie mit politisch Andersdenkenden aus seiner eigenen subjektiven Sicht umgegangen werden kann.

Sein Anstoss und seine Mitarbeit für den Zivildienst waren für mich vorbildlich, da ich meine Dienstzeit als einfacher Soldat und ohne innere Überzeugung geleistet habe.

**Gugger Reto, BDP:** Ich habe Arthur Villard nicht gekannt, bin aber bereit der Erheblicherklärung des Postulats zuzustimmen. Der hundertste Geburtstag von Arthur Villard am 4. Oktober 2017 war schon lange bekannt. Ich finde es deshalb schade, dass dafür in letzter Minute ein dringliches Postulat eingereicht wurde. Jetzt sind die Postulanten nicht damit zufrieden, dass der Gemeinderat das Anliegen erheblich erklärt, sondern wünschen bereits eine Benennung einer Strasse oder eines Platzes auf seinen Geburtstag hin. Ich verstehe nicht, warum die Geltendmachung des Anliegens nicht früher erfolgte. Der Gemeinderat kann jetzt nicht verantwortlich dafür gemacht werden, dass kurzfristig kein Platz oder keine Strasse aus dem Hut gezaubert werden kann, der oder die neu benannt werden kann. Ich werde dem Postulat zustimmen, gebe jedoch dem Gemeinderat soviel Zeit wie er braucht für die Benennung.

**Schmid Judith, PdA:** Kurz zur Äusserung von Herrn Gugger: Das Postulat war für die Stadtratssitzung im August traktandiert, wurde dann aber verschoben. Zu Arthur Villard möchte ich Folgendes ausführen: Weltweit wird zur Zeit aufgerüstet und auch die Schweiz exportiert und finanziert indirekt Kriegsmaterial, darunter Atomwaffen. Ebenso wird der Zivildienst vom nationalen Parlament stark angegriffen. Gerade in solchen Zeiten ist es sehr wichtig, sich an Menschen zu erinnern, die sich in der Vergangenheit gegen solche Entwicklungen eingesetzt haben. Es ist auch für mich ein grosses Anliegen, bei der Benennung von Strassen und Plätzen ein Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern zu schaffen. Ein griffiges Argument für die zögerliche Haltung des Gemeinderats ist das aber für mich nicht. Friede ist ein geschlechterübergreifendes Thema und betrifft uns alle. Allen, die nicht genau wissen was Arthur Villard geleistet hat, empfehle ich die Lektüre des Büchleins, das verschickt wurde. Aus meiner Sicht hat Arthur Villard es mehr als verdient, dass eine Strasse in Biel, der Stadt wo er die meiste Zeit seines Lebens verbracht hat, nach ihm benannt wird. Sein Jubiläumsjahr wäre der passende Zeitpunkt.

**Arnold Marc, SP:** Arthur Villard war nicht nur Sektionsmitglied der SP, sondern ein enger Familienfreund. Zum Thema Militär richte ich mich an die Fraktion SVP: Er hat sich nicht nur für die Friedensbewegung eingesetzt. Übrigens wurde mir meine erste Schusswaffe von Arthur Villard geschenkt. Als ich beim Umzug seines Sekretariats mithalf, kam ein Luftgewehr Diana Nr. 1, ein Vorderlader aus dem neunzehnten Jahrhundert zum Vorschein, das er mir überliess. Sein grosser Verdienst war sein Einsatz gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz. Ich vermute, bis in die neunziger Jahre hatte die Schweiz die atomare Aufrüstung als Ziel. Dabei sprach man von atomaren Kleinwaffen wie Tretminen und Minenspicker, die für den Einsatz in der Schweiz vorgesehen waren. In der Rekrutenschule lernte ich für den Fall, dass ein kleiner Atompilz aufsteigt, das Magazin herauszunehmen, auf das Gewehr zu hämmern und den ABC-Schutz zu beachten. Anschliessend wäre mit Schutzkleidung im Graben die Druckwelle abzuwarten gewesen um dann weiter zu kämpfen... Arthur Villard bekämpfte den Gebrauch solcher Atomwaffen in der Schweiz.

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich danke für die zahlreichen Würdigungen Arthur Villards. Die Gründe, dieser bemerkenswerten Person eine Strasse oder einen Platz zu widmen wurden überzeugend dargelegt. In

seiner Analyse kam auch der Gemeinderat zu diesem Schluss. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, wird der Gemeinderat einen geeigneten Ort suchen. Ideen von den Mitwirkenden an der erwähnten Publikation bestehen anscheinend bereits und der Gemeinderat nimmt diese gerne entgegen. Der Ort sollte zur Person passen und sich nicht irgendwo versteckt befinden und keinen Bezug zu Arthur Villard aufweisen. Eine Lösung bis zum 28. Oktober ist jedoch schon allein aufgrund des Mitberichtsverfahrens im Gemeinderat nicht möglich. Ein Wort zu Frau Tennenbaum, die ihr Unverständnis über die Bedenken des Gemeinderates zu einer Umbenennung äusserte. Unsere Vorgänger haben sich bei der Namensgebung Gedanken gemacht und der Ort ist historisch gewachsen. Strassen und Plätze sind vor allem Adressen. Wenn, zum Beispiel eine lange Strasse wie die Dufourstrasse oder Schützengasse in eine Arthur-Villard-Strasse umbenannt würde, müssten eine ganze Reihe von Anwohnern und Firmen ihre Adresse ändern. In der Regel sieht man daher davon ab. Zu den weiteren vorgeschlagenen Personen von Herrn Widmer möchte ich folgendes ausführen: Es gibt in der Stadt Biel nicht viele Rahmenbedingungen zur Benennung von Strassen und Plätzen, damit eben auch unkonventionelle Personen wie Arthur Villard berücksichtigt werden können. Eine Vorgabe ist jedoch, dass die Persönlichkeit verstorben sein muss und nicht einer lebenden Person ein Denkmal gesetzt wird. Die Beurteilung der Leistung einer Person ist mit zeitlichem Abstand besser möglich. Wie Sie wissen, gibt es in Biel nur eine einzige Ausnahme. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu diesem Postulat.

**Freuler Fritz, Fraktion Grüne:** Ich bin sehr gerührt über das grosse Engagement und ich möchte der Ratslinken danken aber auch Herrn Cadetg für seine Intervention. Es macht grosse Freude so zu politisieren. Frau Signer auf der Tribüne hat mit viel Herzblut an der Biografie von Arthur Villard mitgearbeitet. Vielen Dank allen.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

#### **165. 20170242 Alters- und Pflegeheim Redernweg / Teilsanierung und Erweiterung / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung)**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Sie haben alle die Änderungsvorschläge auf dem Tisch. Wir diskutieren zuerst über die Argumente für die Vorlage.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Inzwischen liegen die parteiübergreifenden *"Argumente dafür und dagegen"* schriftlich vor. **Die Ratslinke beantragt, als neues erstes Argument einzufügen: "Die Teilsanierung ist dringend notwendig für ein würdiges Altern der Bewohnerinnen und Bewohner und schafft gute Arbeitsbedingungen für das Personal."** Dieser Punkt gehört an den Anfang der Aufzählung, weil er die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Als neues **fünftes Argument beantragen wir: "Das aktuelle Betriebskonzept hat sich bewährt. Die dringende Sanierung ermöglicht auch allfällige künftige Betriebsanpassungen wie sie zur Zeit geprüft werden."** Danke für die Zustimmung dieser Argumente.

**Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR:** J'ai uniquement le texte en allemand, mais quand il est écrit dans le message *"Aktuelle Finanzlage der Stadt Biel"*, je me pose des questions. Il y a 11 mio. Fr. dans ce compte et il faudra utiliser la somme de 9

mio. fr. Le budget n'est pas concerné par cette dépense. C'est un peu tromper la population que de dire que la situation financière de la Ville est délicate, quand ce montant ne figure pas dans le budget. Le Conseil municipal veut donc induire la population en erreur!

**Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP:** Das neue 5. Argument bereitet mir Mühe. *"Das aktuelle Betriebskonzept hat sich bewährt."* Der GPK wurde trotz Nachfrage kein Einblick in das Konzept gewährt. Für die Sanierung Redernweg sind CHF 7,6 Mio. vorgesehen. Dieser Betrag reicht nur aus weil die Sanierung über die Spezialfinanzierung «Städtische Betagtenheime», d.h. den Mitteln für alle Heime, läuft.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Frau Gurtner: Bewährt hat sich das aktuelle Betriebskonzept deshalb, weil nach Auskunft des zuständigen Direktors das Heim funktioniert und rentiert sowie keine Missstände vorhanden sind. Das Heim hat sich somit im Vergleich zu anderen städtischen Heimen und weiteren Einrichtungen im Seeland bewährt.

**Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP:** Ich schlage die folgende Formulierung vor: *"Die aktuelle betriebliche Führung hat sich bewährt."* Das Betriebskonzept liegt dem Stadtrat nicht vor und ist deshalb nicht zu erwähnen.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Es stimmt, das aktuelle Betriebskonzept hat sich bewährt. Die Vorlage weicht jedoch davon ab. Das neue Betriebskonzept sieht weniger Bewohnende vor. Es ist deshalb zu erwähnen, dass ein neues Konzept ohne verlässliche Daten vorgesehen ist. Hinter das erste Argument der guten Arbeitsbedingungen setze ich ein grosses Fragezeichen.

**Freuler Fritz, Fraktion Grüne:** Wenn ein Pflegeheim voll ausgelastet ist und keine Defizite schreibt, dann funktioniert das Konzept. Herr Kaufmann, Sie sagen das aktuelle Betriebskonzept stimme. Neu sollen aber Einbettzimmer zur Verfügung stehen, was keine weiteren Massnahmen erfordert. Genau so einfach ist die Rückkehr zu Zweibettzimmern. Die CHF 7,6 Mio. sind die Mittel vom letzten Jahr. Gemäss den Berechnungen des Gemeinderates, kann jedes Jahr CHF 1 Mio. eingenommen werden, womit der Anteil Redernweg an der Spezialfinanzierung «Städtische Betagtenheime» über mehr als CHF 8 Mio. verfügt.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP/JUSO:** Herr Kaufmann, was Sie sagen, entspricht dem bereits Erwähnten: *"Das aktuelle Betriebskonzept hat sich bewährt. Die Sanierung ermöglicht allfällige künftige Betriebsanpassungen, wie sie zurzeit geprüft werden."* Die Formulierung *"betriebliche Führung"* setzt ein Betriebskonzept voraus. Somit kann das Argument mit dem Ausdruck "Betriebskonzept" so stehen gelassen werden.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Ich bitte alle darum, die Befürwortenden ihre Argumente formulieren und die Gegnerschaft ihre Seite darlegen zu lassen. Ich stelle keine groben Unstimmigkeiten der Formulierungen fest und bitte um etwas Nachsicht.

## Abstimmung

- über das erste Argument dafür: *"Die Teilsanierung ist dringend notwendig für ein würdiges Altern der Bewohnerinnen und Bewohner und schafft gute Arbeitsbedingungen für das Personal."*

**Das erste Argument dafür wird angenommen.**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Die bereits aufliegenden Argumente 2, 3 und 4 werden nicht bestritten.

## Abstimmung

- über das fünfte Argument dafür: *"Das aktuelle Betriebskonzept hat sich bewährt. Die dringende Sanierung ermöglicht auch allfällige künftige Betriebsanpassungen wie sie zur Zeit geprüft werden."*

**Das fünfte Argument dafür wird angenommen.**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wünscht jemand das Wort zu den Argumenten gegen die Vorlage?

**Gugger Reto, BDP:** Nach der Abstimmung über die *"Argumente dafür"* möchte ich die auf den Tischen aufliegenden *"Argumente dagegen"* anpassen. **Ich beantrage, das erste "Argument dagegen" wie folgt zu formulieren: "Die Notwendigkeit der Teilsanierung wird nicht bestritten. Allerdings fehlen wesentlichen Informationen zum Betriebskonzept mit reduzierter Bettenzahl."** Damit können Missverständnisse zwischen dem bisherigen und dem neuen Betriebskonzept vermieden werden. **Zudem beantrage ich, das zweite Argument dagegen zu ergänzen mit: "Dies ist bei der aktuellen Finanzlage der Stadt Biel unverantwortlich."**

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Eine Bemerkung zum Antrag von Herrn Gugger: Herr Ogi hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich um den Anteil Redernweg an der Spezialfinanzierung «Städtische Betagtenheime» handelt. Diese gebildete Reserve befindet sich ausserhalb der im Finanzplan aufgeführten CHF 4 Mio. Die Spezialfinanzierung «Städtische Betagtenheime» ist zweckgebunden und darf nicht für die Sanierung von beispielsweise Schulhäusern verwendet werden. Die Rechnung der Stadt Biel ist nicht betroffen. Die Spezialfinanzierung "städtische Betagtenheime" wurde durch die Beiträge geäuft. Die nötigen Mittel sind bei Baubeginn vorhanden. Somit ist die Finanzlage der Stadt Biel von der Sanierung nicht betroffen.

**Haueter Joël, SVP:** Ich stelle fest, dass der ganze Stadtrat sich der Erbsenzählerei hingibt und nicht nur Kollege Wiederkehr. Frau Baudirektorin Schwickert, mich stört Ihre Ansicht, die Sanierung habe nichts mit der Finanzlage der Stadt Biel zu tun. Richtig ist, dass der Bau durch den Anteil Redernweg der Spezialfinanzierung «Städtische Betagtenheime» erfolgt. Die gebundenen Gelder in der Spezialfinanzierung fehlen jedoch in der Gesamtrechnung der Stadt Biel. Den Finanzbedarf von CHF 8,8 Mio. wird die Stadt Biel aufnehmen müssen. Die Mittel

standen die letzten Jahre nicht auf einem Spezialkonto zur Verfügung sondern wurden quersubventioniert und ausgegeben und sind nur in der Büchern aufgeführt. Deshalb betrifft es die Finanzlage der Stadt Biel. Die Stadt muss Geld leihen und Fremdkapitalzinsen bezahlen. Das Gegenargument ist somit richtig.

**Brunner Thomas, EVP:** *"Dies ist bei der aktuellen Finanzlage der Stadt Biel unverantwortlich"* im zweiten *"Argument dagegen"* bezieht sich nicht nur auf die Renovierungsarbeiten sondern auch auf das neue Betriebskonzept. Mit den Einbettzimmern wird der neue Betrieb zwangsweise zu einem Defizit führen. Deshalb ist neben den neuen Abschreibungen und den Finanzierungskosten das neue Betriebskonzept unverantwortlich.

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich möchte Folgendes präzisieren. Von der aktuellen Finanzlage kann nicht gesprochen werden, da es sich um einen geschlossenen Rechnungskreis handelt. Die zu investierenden Gelder sind real vorhanden, nicht nur virtuell und zweckgebunden einbezahlt gemäss den kantonalen Vorschriften. Die zu bezahlenden Zinsen auf dem aufgenommenen Geld sind in die Berechnungen einbezogen worden und werden nicht noch zusätzlich fällig.

### **Abstimmungen**

- über das erste *"Argument dagegen"*: *"Die Notwendigkeit der Teilsanierung wird nicht bestritten. Allerdings fehlen wesentlichen Informationen zum Betriebskonzept mit reduzierter Bettenzahl."*

### **Das erste Argument dagegen wird angenommen.**

- über das zweite *"Argument dagegen"*: *"Durch die Reduktion der Pflegeplätze ist die Wirtschaftlichkeit des Betriebes in Frage gestellt. Es besteht die Gefahr erheblicher Verluste im Betrieb oder erschwerten Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal. Die notwendigen Unterlagen und Berechnungen für diese Beurteilung fehlen sowohl in den Stadtratsunterlagen als auch in der vorliegenden Botschaft."*

### **Das zweite Argument dagegen wird angenommen.**

- über den Antrag von Herrn Gugger das zweite Argument zu ergänzen mit: *"Dies ist bei der aktuellen Finanzlage der Stadt Biel unverantwortlich."*

### **Der Antrag von Herrn Gugger wird abgelehnt.**

- über das dritte Argument dagegen: *"Das Gebäude ist 40-jährig und genügt in seiner Struktur den Anforderungen an ein modernes Pflegeheim nicht mehr. Auch nach der Teilsanierung bleiben wesentliche Teile veraltet. Um einem Kredit von 8,85 Mio. zustimmen zu können, benötigt es eine Strategie über die künftige Nutzung. Diese fehlt jedoch."*

### **Das dritte Argument dagegen wird angenommen.**



## Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. August 2017, gestützt auf Art. 39 Abs.1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), **beschliesst**:

II. Der Entwurf für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

## 172. Verabschiedungen

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich danke Frau Sakitha Kugathas für ihren Einsatz zugunsten der Stadt Biel und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute. *(Applaus)*

**Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR:** Chère Sakitha, nous voilà au moment de ton départ. Nous tenions à saluer ton engagement auprès du PSR. Je salue particulièrement ton arrivée courageuse parmi nous, il y a deux ans, car vous étiez deux en réalité! Je trouve admirable que tu aies acceptée cette charge de Conseillère de ville, alors que tu étais enceinte de ton premier enfant et que tu nous aies accompagné après sa naissance. Aujourd'hui, évidemment, les choses changent, les enfants grandissent, le travail reprend et tu te retrouves dans une situation, que nombre de femmes connaissent. Tu dois jongler entre le travail, la famille, l'enfant et peut-être de nouveaux projets familiaux qui se dessinent petit à petit. La politique, là-dedans, est chronophage et nous le savons bien. Les séances se multiplient et chapeau bas d'avoir tenu le coup pendant deux ans, d'avoir représenté le PSR, de nous avoir accompagné dans les réflexions toujours dans une grande pertinence et une grande douceur. Pour tout cela, Sakitha, nous te remercions et nous tenions à t'offrir, de la part du PSR, une petite pause à deux, sans enfant, afin de profiter avec ton partenaire. Merci beaucoup!

**Kugathas Sakitha, PSR:** Les divergences sont naturelles et inévitables, dans une ville comme Bienne. Le plus important est de laisser l'autre s'exprimer et de respecter les avis et positions, surtout des minorités. Pendant ce mandat, bien que court fût-il, j'ai pu mesurer l'engagement de tous les membres élus et ceux de l'Administration. L'investissement de chaque personne est immense et il en résulte, que la Ville fonctionne et qu'il fait bon y vivre. Aujourd'hui, c'est avec un petit pincement au coeur que je quitte le Conseil de ville. Ma vie professionnelle cumulée à ma fonction de jeune mère ne me laisse plus le temps de m'investir, comme je le souhaiterais. Je suis contente d'avoir pu côtoyer des gens avec des convictions, parfois divergentes de la mienne. Je remercie tout le monde pour leur travail, qui fait que Bienne est une Ville attrayante.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich schliesse die Sitzung und wünsche eine gute Heimkehr.

**173. Neueingänge**

<b>20170315</b>	<b>Dringliches Postulat GPK</b>	<b>BKS</b>
	Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur Stratégie de la Ville de Bienne en matière d'infrastructures et de soins pour personnes âgées	BEU FID
<b>20170316</b>	<b>Dringliche überparteiliche Interpellation Peter Bohnenblust, FDP, Sandra Schneider, SVP</b>	<b>BEU</b>
	Unverständliches an der Bermenstrasse Situation incompréhensible à la rue de la Berme	
<b>20170317</b>	<b>Überparteiliches Postulat Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP</b>	<b>BEU</b>
	Keine Schliessung der Bermenstrasse Pas de fermeture de la rue de la Berme	
<b>20170318</b>	<b>Überparteiliches Postulat Sandra Schneider, SVP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dennis Briechle, GLP</b>	<b>BEU</b>
	Melde-Plattform für Mängel und Schäden der städtischen Infrastruktur Plate-forme d'annonce de défauts et de dégâts des infrastructures municipales	FID
<b>20170319</b>	<b>Überparteiliches Postulat Salome Strobel, SP, Christoph Grupp, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, Dennis Briechle, GLP</b>	<b>BEU</b>
	Begegnungszone Bubenberg-Strasse Zone de rencontre à la rue Bubenberg	
<b>20170320</b>	<b>Postulat Roland Gurtner et Ruth Tennenbaum, Passerelle</b>	<b>ASS</b>
	Lutte contre l'abandon de mégots et autres petits déchets sur la voie publique Bekämpfung des achtlosen Wegwerfens (Littering) von Zigarettenkippen und anderem Kleinabfall im öffentlichen Raum	TEE
<b>20170321</b>	<b>Überparteiliches Postulat Dennis Briechle, GLP, Levin Koller, JUSO, Christoph Grupp, Grüne</b>	<b>BEU</b>
	Den Neumarktplatz als städtischen Platz stärken Renforcer la place du Marché-Neuf comme place publique	PRA

- 20170322 Interpellation Luca Francescutto et Olivier Waechter, Groupe UDC/Les Confédérés ASS**
- Les mosquées de Bienne, sont-elles toutes investies d'imams Islamistes? MAI  
Sind alle Bieler Moscheen von islamistischen Imamen unterwandert?
- 20170323 Interpellation Caroline Jean-Quartier et Sakitha Kugathas, PSR TEE**
- Question vitesse, égalité pour toutes les Biennoises et tous les Biennois !  
Geschwindigkeit: Gleiche Spiesse für alle Bielerinnen und Bieler
- 20170324 Interpellation Sakitha Kugathas, PSR ASS**
- Règlement de l'aide sociale: Questions ouvertes pour une meilleure transparence quant aux procédures  
Sozialhilfereglement: Offene Fragen im Hinblick auf eine Verbesserung der Verfahrenstransparenz

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:00 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:**

Hugo Rindlisbacher

**Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

**Protokoll:**

Meister Katrin

Flückiger Rita

**Procès-verbal:**

Pinto Bernardino Floriane

Kirchhof Claire-Lise